

# Landamman Dr. Joachim Heers deutsche Gesandtschaft 1867/68

Autor(en): **Vischer, Eduard**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus**

Band (Jahr): **59 (1960)**

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-584434>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

# Landammann Dr. Joachim Heers deutsche Gesandtschaft 1867/68

Von *Eduard Vischer*\*

Der Glarner Landammann und spätere Bundesrat Dr. Joachim Heer, der von 1825 bis 1879 lebte, hat schon sechs Jahre nach seinem Tode eine ausführliche Biographie erhalten, und dieses Lebensbild eines republikanischen Staatsmannes, wie es Gottfried Heer, sein Verfasser, nannte, fand kurz nach seinem Erscheinen eine geistvolle Ergänzung aus der Feder von Bundesrat Droz<sup>1</sup>. Auf diese Würdigungen stützte sich bisher, wer sich über Heer zu äußern hatte. Seither ist altes Quellenmaterial – der Nachlaß –, das lange in der Verborgenheit ruhte, erneut zugänglich geworden, neues ist dazu ge-

\* Der Verfasser trug über den Gegenstand vor am 31. Januar 1959 im Historischen Verein des Kantons Glarus, am 28. Februar im Historischen Zirkel Basel, am 6. März in der Antiquarischen Gesellschaft Zürich, am 12. Oktober nochmals in Basel. Die Arbeit wurde ein erstes Mal gedruckt in den «Schweizer Beiträgen zur Allgemeinen Geschichte», Band 17, 1959, S. 153–195. Dank dem Entgegenkommen des Redaktors, Herrn Prof. Dr. Ernst Walders in Bern, kann sie unter Benützung des Berner Satzes nun auch den Glarner Geschichtsfreunden bequem zugänglich gemacht werden. Im Text ist die Arbeit mit Ausnahme einer Formulierung S. 158, Z. 13 f. (in den Schweizer Beiträgen) unverändert geblieben. Erweiterungen haben die Anmerkungen 1, 3, 12, 13, 30 und 69 erfahren, neu ist die nunmehrige Anm. 16, während Anm. 29 gekürzt werden konnte, da für den Glarner Leser Ausführungen über das Memorial sich erübrigen. Die genannten Anm.-Nummern beziehen sich auf den Druck in den «Beiträgen». In dem vorliegenden Abdruck sind die Anmerkungen von 16 an neu numeriert.

<sup>1</sup> *Gottfried Heer*, Landammann und Bundespräsident Dr. J. Heer. Lebensbild eines republikanischen Staatsmannes, Zürich 1885 (bereits diesem ersten Biographen lag Heers Nachlaß vor, und zwar umfänglicher, als er sich heute erhalten zeigt; manche Briefe, die er wörtlich zitiert, scheinen in der Zwischenzeit endgültig verlorengegangen zu sein); Landammann und Bundespräsident Dr. J. Heer, Vaterländische Reden (nebst biographischen Nachträgen), herausgegeben von *Gottfried Heer*, Zürich 1885. – *Numa Droz*, Un magistrat républicain. Le Landammann Heer, in: *Bibliothèque universelle et revue suisse* XXIX, 1886, S. 5 ff., 550 ff., XXX, S. 285 ff. (Droz stützt sich zunächst stark auf G. Heer, in den späteren Teilen aber auf eigene Erinnerungen und unveröffentlichte Briefe.) Vgl. auch *Georg von Wjß* (Allgemeine deutsche Biographie XI, S. 235–239, 1880) und *Eugène Rambert*, Les Landsgemeinde de la Suisse, in: *Bibliothèque universelle, nouvelle période*, 42, 537–571, 1871, später in: *Etudes hist. et nat.*, Lausanne 1889. Auf Grund dieser literarischen Stützen wie lokaler Überlieferung hat sich im Glarnerland eine lebendige Vorstellung von Landammann Heer erhalten, die immer wieder zu neuer gestalterischer Verdichtung geführt hat. Vgl. *Hans Trümpler*, Die Landammänner Heer und Blumer, in: *Glarner Nachrichten* vom 7. Juni 1952, S. 42 f., *Jakob Winteler*, Geschichte des Landes Glarus II, Glarus 1954, S. 538–550.

kommen: diplomatische Materialien aus dem Bundesarchiv, die Korrespondenzen mit Karl Sarasin und Jakob Dubs. Aber es sind nicht nur neue Quellen, die heute ein differenzierteres Bild gewinnen lassen, es ist ebenso sehr die zeitliche Distanz, die uns zugute kommt; sie erlaubt uns Fragestellungen, die den Zeitgenossen noch fernliegen mußten. Wir beschränken uns dabei auf einen Ausschnitt aus Heers Leben und müssen doch bekennen, daß wir den Nachlaß nicht so vollständig haben durcharbeiten können, daß wir die absolute Sicherheit hätten, es sei uns nichts entgangen, was für diesen Ausschnitt relevant ist, während auf der andern Seite uns auch nicht alles wünschbare Material zur Verfügung stand, namentlich nicht die deutschen Archive. So sind wir über das Echo, das Heers Wirken in Deutschland fand, zu wenig unterrichtet<sup>2</sup>.

Ein Briefumschlag, der beim Nachlaß Heer erhalten geblieben ist, trägt die Aufschrift «An Herrn Minister und Landammann Dr. Joachim Heer, Glarus», – eine heute undenkbbare Kombination! Heute wird ein kantonaler Regierungspräsident allenfalls noch eidgenössischer Parlamentarier, die Diplomatie aber ist ein Ressort für sich geworden, das den ganzen Menschen erfordert, ein Tätigkeitsfeld, das der junge, akademisch gebildete Anwärter nach spezieller Schulung und rigorosem Spezialexamen betritt und nach streng geregelter Karriere durchläuft, wobei er es seit kurzem sogar zum Range eines Botschafters bringen kann.

Als in einem speziellen Abschnitt der Wiener Verträge von 1815 das Gebiet der Diplomatie völkerrechtlich geregelt wurde, waren bei der Eidgenossenschaft schon manche fremde Gesandte akkreditiert, sie selbst emp-

<sup>2</sup> Die vorliegenden Ausführungen beruhen auf den im folgenden verzeichneten Quellen: A. Nachlaß Dr. J. Heer, Glarus, bis jetzt Privatbesitz Mercier. Dieser lange völlig unzugängliche Nachlaß ist durch uns geordnet und katalogisiert worden.

B. Briefe in öffentlichem Besitz: Basler Staatsarchiv, Privatarchive Nr. 212, R 32, 45 (21 Briefe Dr. J. Heers an K. Sarasin aus den Jahren 1856–1878; 5 Gegenbriefe aus den Jahren 1864–1876 beim Nachlaß Heer). – Zentralbibliothek Zürich, Nachlaß Dr. J. Dubs (27 Briefe Dr. J. Heers an Dr. J. Dubs aus den Jahren 1861–1871; 23 Gegenbriefe aus den Jahren 1861–1878 beim Nachlaß Heer).

C. Schweizerisches Bundesarchiv in Bern: a) EPD: Gesandtschaft in Berlin: Dr. Joachim Heer in Glarus 1867/68. – b) Aktenfaszikel Deutschland: 1. Handels- und Zollvertrag mit dem deutschen Zoll- und Handelsverein vom 27. Mai 1865 (von den Staaten des deutschen Zoll- und Handelsvereins nicht ratifiziert), 2. Niederlassungsvertrag mit Württemberg unter dem gleichen Datum (nicht ratifiziert), c) Aktenfaszikel Deutschland: Postvertrag zwischen der Schweiz einerseits und dem Norddeutschen Bund, Bayern, Württemberg und Baden andererseits vom 11. April 1868, d) Aktenfaszikel Deutschland: Handels- und Zollvertrag mit dem deutschen Zoll- und Handelsverein vom 13. Mai 1869 usw. (enth. Akten aus den Jahren 1867–1869, also auch diejenigen über die Verhandlungen von 1868, an denen Heer beteiligt war).

fand eigene diplomatische Vertretungen noch beinahe als Luxus. In Paris und Wien entwickelten sich langsam Legationen, aber erst die Ereignisse seit der Jahrhundertmitte brachten deren eigentliche Fundierung und die Erweiterung auf andere Länder. Seit dem Neuenburger Konflikt von 1856 versah Dr. J.C.Kern den Pariser Posten im Range eines Ministers, im Zusammenhange mit den mitteleuropäischen nationalen Einigungen wurde 1861 ein Vertreter nach Florenz, 1867 endlich ein solcher nach Berlin entsandt. Nur mit einigem Zögern erhob die Bundesversammlung die Berliner Gesandtschaft zur dauernden Einrichtung, von einer Vertretung in Washington wollte man in jenem Momente ausdrücklich noch nichts wissen. Erst in allerjüngster Zeit hat die Eidgenossenschaft ihre Vertretung annähernd auf dem Fuße der Reziprozität eingerichtet. Dazu sind ja heute unsere diplomatischen Agenten Karrierebeamte, damals wurden für solche Ämter noch Männer des öffentlichen Lebens von persönlichem und politischem Gewicht ausgewählt, und ihre Ernennung wurde in der Presse ausführlich kommentiert. Als Nachzügler von der früheren Art sei hier der jüngstverstorbene Minister Hans Sulzer genannt<sup>3</sup>.

Zwei Momente waren es, die im Frühjahr 1867 zur Entsendung eines schweizerischen Vertreters auch nach Berlin und den süddeutschen Höfen

<sup>3</sup> Eine Geschichte der schweizerischen Diplomatie existiert nicht. Manches ist für unsere Zwecke den Berichten zu entnehmen, die bei den in Anm. 2 genannten Akten liegen. Auch eine etwas systematischere Durchsicht nur schon der Presse würde sicher noch sehr viel zu Tage fördern. Manche Belehrung verdanke ich auch einem Vortrage von Dr. *Albert Schoop* (Frauenfeld), «Aus der Diplomatie des jungen Bundesstaates» (1957), in dessen Manuskript ich dank der Freundlichkeit des Verfassers Einblick hatte. Es ist zu hoffen, daß die Forschungen Schoops über Minister Kern bald im Drucke erscheinen.

Wenn schon Dr. J. Heer, wie noch zu zeigen sein wird, über Dignität und Nutzen einer schweizerischen Diplomatie recht skeptisch dachte und zudem allem Zeremoniellen sich durchaus abgeneigt zeigte, so ist solche Einstellung in vergrößerter Form natürlich weitverbreitet gewesen. Im Jahre 1848 hatte man mit innerer Befriedigung die Gesandten der ungarischen, römischen und venezianischen Republik und des Frankfurter Parlaments empfangen, jetzt waren alle die europäischen Staaten, zu denen diplomatische Beziehungen am ehesten in Betracht kamen, wieder Monarchien. Namentlich der damaligen Linke aber waren engere Beziehungen mit monarchischen Staaten tief unsympathisch. Die Neue Zürcher Zeitung setzte sich gerade am 26. April 1867 in einem Leitartikel polemisch mit Auffassungen solcher Art auseinander, wie «die Schweiz habe nicht nötig, hoffähig zu werden, man dürfe nie vergessen, daß die Allianz von Republik und Despotie nie eine aufrichtige sein könne, daß Freiheit und Absolutismus sich von Natur- und Rechtswegen Todfeinde bleiben würden usw.». Der Julisession der eidgenössischen Räte lag nun eine von ihr verlangte Botschaft des Bundesrates über die Vertretung der Schweiz im Ausland vor, und es war speziell der Kredit für die neue Gesandtschaft in Berlin zu genehmigen. Es waren hier nicht nur die genannten Kreise, für die besonders A. Suter SG, und in etwas anderer Variante, nämlich insofern sie jetzt schon auch in den republikanisch-bundesstaatlichen Ver-



fürten. Es war die Zeit der Handelsvertragsunterhandlungen, die die Schweiz in das west- und mitteleuropäische Vertragssystem eingliederten und ihrer Industrie diese Länder als Absatzgebiete endlich öffneten<sup>4</sup>. Der stark freihändlerisch ausgerichtete englisch-französische Vertrag vom 1. März 1861 bedeutete da den entscheidenden Ansatz, im Jahre 1864 war nun der schweizerisch-französische Zoll- und Handelsvertrag mit all seinen Annexen abgeschlossen worden, jetzt erwiesen sich ähnliche Verträge mit dem deutschen Zollverein, mit dem Königreich Italien, mit Österreich usw. als notwendig. Seit kurzem war auch die Alpenbahnfrage in ein akutes Stadium getreten. Man versuchte, in den Handelsverträgen auch in dieser Hinsicht Zusicherungen zu erlangen. Für Verhandlungen über derartige Angelegenheiten konnten indessen wie bis anhin – und wie späterhin bis in unsere Tage noch oft – auch Spezialbevollmächtigte ernannt werden. Ausschlaggebend war die Veränderung der internationalen Lage. Im Jahre 1866 war als Ergebnis des deutschen Krieges das neue staatliche Gebilde des Norddeutschen Bundes ans Licht getreten, in der schweizerischen öffentlichen Meinung im ganzen mit sehr wenig Sympathie begrüßt<sup>5</sup>. Sei es aus einigten Staaten eine Gesandtschaft eingerichtet sehen wollten, J. Stämpfli BE, H. Grunholzer ZH, F. Anderwert TG sich äußerten, sondern es sprachen sich mit sehr beachtenswerten Gründen auch A. R. Planta (Samaden) und A. von Gonzenbach BE, letzterer mit historischen Argumenten, *gegen* eine schweizerische Diplomatie überhaupt aus. Dennoch setzte sich der Bundesrat, der sich durch die Botschaft von B. R. Fornerod und im Nationalrat durch Dr. J. Dubs mit durchschlagender Energie für einmal für die Gesandtschaften in den vier großen Nachbarstaaten einsetzte, mit 64 gegen 24 Stimmen durch, im Ständerat mit überwältigender Mehrheit. (Nationalratsverhandlungen vom 10., 11. und 12. Juli 1867, NZZ vom 14., 15. und 16. Juli 1867, vgl. die Ständeratsverhandlungen vom 18. Juli 1867, NZZ vom 20. Juli 1867.) Zehn Jahre später nahm der Nationalrat trotz der energischen Intervention von Bundespräsident Dr. J. Heer ein Postulat an, das den Bundesrat zur Berichterstattung darüber aufforderte, ob nicht die Gesandtschaftsposten in Rom und Wien in Generalkonsulate umgewandelt werden sollten. Laut NZZ äußerte S. Kaiser SO: «Die Diplomatie und der Militarismus beschweren hauptsächlich das Budget.» (NZZ vom 6. Dezember 1877, Nr. 574.) – Eine neue Quelle, die eine gelegentliche Publikation verdiente, bilden in solcher Hinsicht die Briefe J. J. Tschudis an J. Heer (Nachlaß Heer), der sich damals wie wiederum im Bundespräsidialjahr Heers (1877) auf Grund langer Erfahrung aufs wärmste für die Notwendigkeit einer schweizerischen Diplomatie einsetzte. Vgl. auch die diesbezüglichen Informationen, die dem Buche von *P.-E. Schazmann* über Tschudi (vgl. Anm. 7) zu verdanken sind.

<sup>4</sup> Vgl. *Peter Heinrich Schmidt*, Die Schweiz und die europäische Handelspolitik, Zürich 1914, S. 83 ff., *Emil Frey*, Die schweizerische Handelspolitik der letzten Jahrzehnte, in: Die Handelspolitik ..., Berichte und Gutachten, veröffentlicht vom Verein für Socialpolitik, Lpz. 1892, S. 449 ff., speziell 468 ff.

<sup>5</sup> Vgl. *Hans Ulrich Rentsch*, Bismarck im Urteil der schweizerischen Presse 1862–1898, Basel 1945; *Edith Anita Picard*, Die deutsche Einigung im Lichte der schweizerischen Öff-

politischen, sei es aus konfessionellen Gründen, genossen entweder die süddeutschen Staaten oder Österreich größere Sympathien als Preußen und sein führender Staatsmann. Jetzt aber hatte sich zudem die seit Königgrätz schwelende deutsch-französische Spannung krisenartig verschärft. Ein Krieg drohte unmittelbar, und dieser konnte auch die schweizerische Neutralität in Frage stellen. Die Luxemburger Krise vom Frühjahr 1867<sup>6</sup> war der aktuelle Anlaß, der es dem schweizerischen Bundesrat wünschbar erscheinen ließ, möglichst rasch einen diplomatischen Vertreter nach Berlin zu entsenden. Dieser Vertreter war Landammann und Nationalrat Dr. Joachim Heer aus Glarus<sup>7</sup>. Wir fragen uns, was den Bundesrat gerade zu dieser Wahl bewogen haben dürfte.

fentlichkeit 1866–1871, Zch. 1940; E. V., Die deutsche Reichsgründung von 1871 im Urteil schweizerischer Zeitgenossen, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte 1, 1951, S. 452 ff.

<sup>6</sup> Vgl. *Alfred Stern*, Geschichte Europas seit den Verträgen von 1815 bis zum Frankfurter Frieden von 1871, Bd. 10, Stuttgart und Berlin 1924, S. 81 ff.

<sup>7</sup> Einen Überblick über die zahlreichen zustimmenden Kommentare zur Ernennung Landammann Heers zum Gesandten in Berlin gibt die Neue Glarner Zeitung vom 25. und 27. April 1867. Auch in der deutschen Presse fand der neue Gesandte Beachtung. So weist die Neue Glarner Zeitung vom 25. Mai 1867 auf einen diesbezüglichen Artikel in der Schlesischen Zeitung hin, die Ausgabe vom 27. Juli auf einen ausführlichen biographischen Aufsatz mit Bild in der neusten Nummer der Leipziger Illustrierten Zeitung. –

Wie der Presse zu entnehmen ist, ist neben Heer keine andere Kandidatur ernstlich in Frage gekommen. «Gegenüber den Namsungen, die von verschiedenen Seiten bezüglich des Gesandtschaftspostens für Deutschland stattgefunden haben», schrieb die NZZ (zit. in der Neuen Glarner Zeitung vom 25. April 1867), «kann nur noch beigefügt werden, daß der Bundesrat mit keiner andern Persönlichkeit als mit Herrn Landammann Dr. Heer unterhandelt hat ...» Dr. Heer selber hatte in seinem Brief an Bundesrat Dr. J. Dubs vom 20. April 1867 Regierungsrat A. O. Aepli SG (1816–1897), Nationalrat J. J. Stehlin BS (1803–1879) und alt-Bundesrat F. Frey-Hérosé (1801–1873) als Männer genannt, die für den Posten ernstlich in Betracht kämen, in der Presse waren neben Aepli auch Nationalrat F. Peyer Im Hof SH (1817–1900) und Staatsschreiber Dr. G. Bischoff BS (1820–1885) genannt worden (so NZZ vom 20. April 1867 unter Berufung auf das St. Galler Tagblatt). Andererseits ist bekannt geworden, daß ein in diesem Zusammenhang sonst nicht genannter Mann, ebenfalls ein Glarner, nämlich der bedeutende Ethnologe Dr. med. Johann Jakob Tschudi (1818–1889), damaliger schweizerischer Geschäftsträger in Wien, den Posten in Berlin demjenigen in Wien vorgezogen hätte, «denn auf längere Sicht sei dort ein interessanteres diplomatisches Arbeitsfeld zu erwarten als in Wien» (vgl. *P.-E. Schazmann*, J. J. von Tschudi, Forscher, Arzt, Diplomat, übersetzt von *A. Lätt*, Zürich 1956, gleichzeitig erschienen in: Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus 57, Glarus 1956, S. 170). – Auf Tschudi als schweizerischer Diplomat in der Epoche der deutschen Reichsgründung wird am Schlusse dieser Arbeit noch zurückzukommen sein. Hier mag der Ort sein für den Hinweis, daß neben den Diplomaten Heer und Tschudi noch eine ganze Reihe von Glarnern, die als Kaufleute im fernen Ausland niedergelassen waren, in eben jenem

Wir haben in der Folge drei Fragekomplexen nachzugehen. Zunächst haben wir zu zeigen, wer Joachim Heer war. In der Folge ist zu fragen nach Verlauf und Erfolg der Heerschen Missionen, und es ist dabei besonders darauf zu achten, in welcher Weise sich dabei bei dem Minister und Landammann große und kleine Welt gestoßen, welche jeweiligen vor der andern habe zurücktreten müssen. Drittens endlich darf der allgemein-historische Gehalt der Heerschen Gesandtschaftsberichte unser Interesse in Anspruch nehmen.

Ein erstes Kapitel wird demnach Landammann Heer gewidmet sein, ein zweites der Skizzierung seiner diplomatischen Missionen, die Herausschälung des allgemeinen historischen Gehaltes aus Heers Berichten wird Aufgabe des letzten Abschnittes sein. Überschneidungen suchen wir zu vermeiden; wo sie trotzdem vorkommen, werden sie gewiß nicht allzusehr stören.

## I

Landammann Heer empfahl sich zunächst als Exponent eines Industriekantons, und zwar eines Textilgebietes, wie ja damals die Textilindustrie noch die Hauptindustrie des Landes war. Als solcher hatte er die nationalrätliche Kommission präsiert, die im Jahre 1864 den französisch-schweizerischen Handelsvertrag zu begutachten hatte<sup>8</sup>, als solcher hatte er im folgenden Jahre – 1865 – zusammen mit dem Basler Ständerat August Stähelin-Brunner<sup>9</sup> die Schweiz bei den langwierigen Zoll- und Handelsvertragsverhandlungen in Stuttgart vertreten<sup>10</sup>. Diese Verhandlungen, deren Ergebnis Jahre 1867 dem größeren schweizerischen Vaterlande – als Konsuln – gedient haben, so in Christiania (Oslo) *Thomas Hefti* von Hätzingen (1822–1886, Bankier, Konsul seit 1847), in Hamburg *Eduard Ruch* von Mitlödi (1824 bis ca. 1899, Kaufmann; schon sein Vater Joh. Peter Ruch war Konsul in H. gewesen), in Lissabon *Kaspar Schindler* von Mollis und Glarus (1821–1901) und Joh. Heinr. *Schindler* (1820–1904), in Moskau *Josef Gaetan Lorenz Heer* von Riedern (1808–1876, Liqueur-Destillateur), in Odessa *Fridolin Jenny* von Ennenda (1825–1873), in Galveston *Heinrich Rosenberger* von Bilten (1824–1893, Stifter des gemeinnützigen Rosenberger-Fonds in Bilten mit einem Anfangskapital von 400 000 Fr.), in Rio Grande do Sul *Johannes Rudolf Luchsinger* von Glarus (1835–1898). Diese Angaben macht die NZZ vom 30. Juni 1867 auf Grund des eidgenössischen Staatskalenders, Landesarchivar Dr. J. Winteler half sie uns auf Grund der handschriftlichen «Genealogie des Landes Glarus» etwas ergänzen.

<sup>8</sup> Vgl. Bericht der nationalrätlichen Kommission betr. die Verträge mit Frankreich (26. Aug. 1864). Unterzeichnet: Namens der Kommission der Berichterstatter Dr. J. Heer (Schweizerisches Bundesblatt 1864, II, S. 577–609).

<sup>9</sup> Über August Stähelin-Brunner (1812–1886): *Eduard His*, Basler Staatsmänner des 19. Jahrhunderts, Basel 1930, S. 177–188.

<sup>10</sup> Die Unterhandlungen in Stuttgart 1865 waren für den Zollverein durch Abgeordnete von Bayern, Württemberg und Baden geführt, durch sie die Verträge unterzeichnet worden. Warum Preußen und andere norddeutsche Staaten die Ratifikation verweigerten,

damals von Preußen die Ratifikation verweigert worden war, mußten früher oder später wieder aufgenommen werden. Dazu kam jetzt der eminent diplomatische Charakter der Mission. Heer aber war auch ein hochangesehener Vertreter des schweizerischen politischen Lebens schlechthin, dem er in Gemeinde, Kanton und Bund als materiell unabhängiger, im Sinne Max Webers abkömmlicher Mann mit seiner ganzen Kraft gewissenhaft diente<sup>11</sup>. Er empfahl sich aber ganz besonders durch seine ausgesprochene Vermittlernatur.

Heer war Jurist. In Berlin und Heidelberg hatte er die Rechte studiert und seine Studien mit dem Doktorate abgeschlossen. Tief durchdrungen von der Würde der Idee des Rechtes kehrte er heim. Trendelenburg und Stahl war er als Studierender begegnet, vor allem aber bedeutenden Lehrern der Historischen Rechtsschule. Seine Bildung blieb denn auch zeitlebens stark historisch unterbaut, und bis ins reife Mannesalter hat er gerne historische Lektüre gepflogen und sich auch in eigener historischer Produktion versucht<sup>12</sup>. Er gehörte zu den Gründern des Historischen Vereins seines Heimatkantons Glarus. Als Gesandter in Berlin aber hat er – wie seinem Tagebuch von 1867 zu entnehmen ist – Ranke und Giesebrecht gelesen. Von der Historie her also suchte er gegenwärtige Verhältnisse zu ergründen und sich ein vertieftes Urteil über sie zu verschaffen. Sein Schwager und vertrauter Freund in Glarus aber war J. J. Blumer, der gelehrte Darsteller der Geschichte der schweizerischen Demokratien, Gerichtspräsident und glarnerischer Vertreter im Ständerat<sup>13</sup>. Diese Personalunion von Historie und

blieb Schweizern und Süddeutschen lange unklar, und auch Minister Heer konnte in Berlin nur fragmentarische Auskünfte einziehen. Klare Auskunft gibt einer der Beteiligten in seinen Memoiren: *Rudolph von Delbrück*, Lebenserinnerungen II, Leipzig 1905, S. 338–340.

<sup>11</sup> *Max Weber*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, Tübingen 1922, Kap. 14, § 20, S. 170f.

<sup>12</sup> *Joachim Heer*, *Der Kriminalprozeß der Anna Göldi von Sennwald (1781–1782)*, nach den Akten dargestellt, in: *Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus*, Erstes Heft, 1865, S. 9–53; *Der Kanton Glarus unter der Helvetik*, a. a. O., 5, 1869, S. 6–26, 34–86; 6, 1870, S. 13–67; 8, 1872, S. 28–112. – In einem weiteren Sinne ist auch die Biographie J. J. Blumers aus Heers Feder hieher zu rechnen: *Dr. J. J. Blumer. Sein Leben und Wirken nach seinen eigenen Aufzeichnungen* (a. a. O., 14, 1877, S. 1–68, ferner Heers Aufsatz über «Das Gemeindewesen des Kantons Glarus», in: *Allgemeine Beschreibung und Statistik der Schweiz*, herausgegeben von Max Wirth, II, 1873, S. 168–192.

<sup>13</sup> *J. J. Blumer*, *Staats- und Rechtsgeschichte der schweizerischen Demokratien oder der Kantone Uri, Schwyz, Unterwalden, Glarus, Zug und Appenzell*, I, St. Gallen 1850, II, 1, 1858, II, 2, 1859. Über Blumer (1819–1875): *Hans Fritzsche*, *J. J. Blumer*, in: *Schweizer Juristen der letzten hundert Jahre*, Zürich 1945, S. 225–256; für die ältere Lit. vgl. auch *J. Winteler*, *Geschichte des Landes Glarus II*, Glarus 1954, Anm. 55 zu Kap. 6. Zuletzt: *Emil F. J. Müller-Büchi*, *Johannes Schnell und die Pflege der vaterländischen Rechtsge-*

Politik war damals häufig. Denken wir neben Heer und Blumer nur etwa an die Bundesräte Emil Welti oder Numa Droz, an den großen Anton Philipp von Segesser! Eine stattliche Schar bedeutender Gestalten dieses Typus finden wir in dem benachbarten Frankreich<sup>14</sup>. Diese Versenkung in die historische Realität konnte wie wenig anderes vor einseitigem Doktrinarismus bewahren. Heer war denn auch dem Radikalismus von 1848 wie den jüngeren radikalen Strömungen der 1860er Jahre abhold, namentlich allen kulturkämpferischen Bestrebungen ganz unzugänglich, was ihm bei den Minoritätsgruppen des eigenen Kantons wie der Eidgenossenschaft unerschütterliches Vertrauen erwarb, während er dem Demokratismus und den sozialpolitischen Bestrebungen, in gewissen Grenzen selbst dem Zentralismus dieser Jahre unbefangen gegenüberstand<sup>15</sup>. Demokrat war Heer indessen nicht im Sinne einer Parteiparole. Der Mann, dessen Geschlecht immer wieder Vertreter hervorgebracht hatte, die dem Volke, durch dessen Vertrauen berufen, an hervorragender Stelle gewissenhaft gedient hatten, war es sowohl aus Überlieferung wie aus selbsterworbener Überzeugung<sup>16</sup>. In seinen Reden, über die ich an anderer Stelle gehandelt habe, tritt sein schichte in der «Zeitschrift für schweizerisches Recht», in: *Ius et Lex*. Festgabe für Max Gutzwiller, Basel 1959, S. 102, 105.

<sup>14</sup> Vgl. neuestens *Peter Stadler*, *Geschichtsschreibung und historisches Denken in Frankreich 1789–1871*, Zürich 1958. Ferner siehe Anm. 98.

<sup>15</sup> Das kommt namentlich in den Gratulationen zur Wahl in den Bundesrat (und zugleich zu dessen Vizepräsidenten) im Dezember 1875 zum Ausdruck, besonders in solchen von katholischer und protestantisch-konservativer Seite. Gerechtigkeitssinn und Mäßigung werden Heer nachgerühmt. K. Sarasin (10. Dez. 1875) sieht politisch die Sache so, «daß die ganze Physiognomie der obersten Behörde wieder eine andere geworden, daß das tyrannisch radikale Parteiregiment unterlegen ist.» (Zahlreiche Schreiben beim Nachlasse Heers.) – Der italienische Gesandte Melegari schrieb unterm 10. Dezember 1875 an Visconti-Venosta aus Bern: «Dopo questi sono stati eletti il Signor Heer, di Glarona, persona per ogni titolo ragguardevole e che ha avuti già, sia all'Interno che all'Estero, molti importanti uffizi. – Egli appartiene alla parte moderata che assume volentieri in Svizzera il titolo di Liberale... Il partito liberale sarà quindi rappresentato nel Consiglio dai Signori Welti, Hammer e Heer, vecchi radicali intelligenti che l'esperienza fa volgere verso i principii di conservazione. (Archivio storico del Ministero degli Affari esteri, Roma, Pacco 1434, N. 275; die Notiz verdanke ich der Freundlichkeit von Herrn Bundesarchivar Dr. L. Haas, der sie im Oktober 1959 den Akten enthob.)

<sup>16</sup> Über den Landammann (1771–1774) *Dr. iur. Cosmus Heer* (1727–1791), den helvetischen Regierungsstatthalter (1798) *Joachim Heer* (1765–1799), den helvetischen Regierungsstatthalter (1799–1802) und Landammann (1803–1806, 1808–1811, 1813–1816) *Niklaus Heer* (1775–1822) und den Landammann (1828–1831, 1833–1836) *Cosmus Heer* (1790–1837) vgl. J. J. *Kubly-Müller*, *Die Landammänner des Kantons Glarus*, Nr. 127, 139, 145, 147 (149, 151), 157 (159), in: *Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus* 47, 1934.



Demokratismus natürlich besonders klar hervor<sup>17</sup>. An dieser Stelle sei er auf Grund eines Zitates aus seinen Briefen an den Basler Ratsherrn Karl Sarasin zur Evidenz erhoben. Heer findet die schönsten Formulierungen für seinen Demokratismus da, wo zugleich die soziale Frage visiert ist. «Unsere demokratischen Einrichtungen», schrieb er schon am 4. Januar 1860 im Blick auf manche Mißstände an Sarasin, «bilden für manches wieder ein Korrektiv. Der arme Mann fühlt sich weniger gedrückt, wenn er an der Gemeinde und Landsgemeinde seiner Freiheit sich freuen darf, und das Hochgefühl, hier mit seiner Hand so viel zu bedeuten als der reichste Fabrikherr, hebt ihn das ganze Jahr und läßt ihn seinen Kopf aufrechter tragen als da, wo er immer nur als der Dienende und Gedrückte erscheint. Auch ist es ein gar gutes Ding, wenn wenigstens jedes Jahr einmal die verschiedenen Elemente des Volkes sich persönlich einander gegenüberstehen und ins Auge blicken. Die Menschen rücken erst dann recht weit auseinander, wenn sie sich nicht mehr sehen und sprechen und jeder vom andern nur nach Hörensagen oder vorgefaßten Ideen urteilen kann.»

Heer stand, wie den Briefen an K. Sarasin zu entnehmen ist, in engem Kontakt mit dem Volk und seinen Bedürfnissen und Nöten. Und doch schreibt er auch einmal, er komme wenig unter das Volk. Das will wohl heißen, daß sein großes Haus am Spielhof zu Glarus jedermann offen stand, der des Rates bedurfte, daß er in Behörden, Kommissionen und Versammlungen seinen Mitbürgern begegnete, daß ihm aber doch auch ein natürliches Distanzgefühl eigen war: ein Wirtshauspolitiker war Heer nicht.

Gerne wüßte man noch einläßlicher, welches sein genauer Standort in den sozialen Bewegungen der sechziger Jahre war, konkret, ob er den Weg zur Fabrikgesetzgebung von 1864 mehr geduldet oder aber aktiv gefördert hat. Von seiner sozialen Auffassung der Demokratie haben wir gehört. Weiter steht fest: Heer war befreundet mit Pfarrer Dr. Bernhard Becker in Linthal, dem Begründer der glarnerischen Sozialpolitik<sup>18</sup>. Er hatte, wie ganz besonders sein letzter, geradezu erstaunlicher Brief an K. Sarasin zeigt, einen sehr klaren Blick für die Tragweite der sozialen Frage und die wirksamen Mittel zur Überbrückung der Kluft. «Was ist denn überhaupt diese ‚soziale Frage‘?» heißt es da. «Ich denke, gar nichts anderes als die Frage: Wie läßt sich die sonderbare Kluft überbrücken, welche in der Lage der Arbeiterklasse dadurch entstanden ist, daß man sie mit der Arbeit von Sklaven

<sup>17</sup> Über politische Beredsamkeit im demokratischen Kleinstaat, in: Die Welt als Geschichte 13, 1953, S. 78–97, spez. 89 ff.

<sup>18</sup> Über Bernhard Becker: *Bernhard Becker*, Die Glarner Landsgemeinde 1861–1878, herausgegeben von *Eduard Vischer* (mit biographischen, bibliographischen und sachlichen Nachweisen), Glarus 1952.



beschäftigt und daneben doch teilnehmen läßt an allen Elementen der Bildung und selbst am politischen Leben. Ideell freie Männer, reell Sklaven – das ist die seltsame Lage, in welcher sich die Arbeiter unserer Zeit empfinden und unbehaglich fühlen<sup>19</sup>.»

Landammann Heer stand dank seiner ökonomischen Stellung über den damaligen Gegensätzen. Er war durch großen ererbten Grundbesitz so etwas wie ein Landjunker, war durch seine privaten Interessen weder mit den Unternehmern noch mit den Arbeitnehmern liiert, und als Landammann war er zur Vermittlung der Gegensätze erst recht berufen. So weit wir bis jetzt sehen, ist er dieser Vermittlungsaufgabe auch in sozialer Hinsicht nachgekommen.

Seit dem Jahre 1857 war Heer Landammann von Glarus und genoß unbestrittenes Ansehen, – Ansehen und Liebe, wie sie einem Landesvater entgegengebracht werden<sup>20</sup>. Im Nationalrate, in den ihn die Landsgemeinde im gleichen Jahre abordnete, zählte er sich zum Zentrum, jener rechtsliberalen Gruppe, die zwischen Radikalismus und Ultramontanismus die Mitte hielt. Diese vermittelnde Stellung hatte er schon in Gemeinde und Land Glarus bewährt. Rasch kam er im Nationalrat in die wichtigen Kommissionen und überzeugte durch Sachkenntnis und Konzilianz, zweimal präsierte er den Rat. Als Vertreter von Glarus mußte ihn auch auf der Ebene des Bundes die Wirtschaftspolitik anziehen, aber auch hier hütete er sich vor jeder Einseitigkeit. Wenn er 1867 nach Berlin gesandt wurde, so spielte nicht zuletzt der Umstand mit, daß er sich in der großen Verkehrsfrage der Zeit, der Alpenbahnfrage, bisher neutral verhalten hatte<sup>21</sup>. Seinem Tagebuch anvertraute er einmal, daß er auch gesellschaftlich eigentlich nicht zu den «Geldprotzen und Eisenbahnfürsten» passe<sup>22</sup>. Und als Fazit einer amtlichen Unterredung mit Alfred Escher, den er immer sehr hoch gestellt hatte, ohne zu seinen blinden Nachtretern und Anbetern zu gehören<sup>23</sup>, notiert er am 2. März 1876: «So verblendet die eigene Interessenstellung auch die klarsten Köpfe über ihre öffentlichen Aufgaben<sup>24</sup>.»

<sup>19</sup> Heer an Sarasin, 29. [19.?] Mai 1870. Der Brief verdiente eine gelegentliche Publikation.

<sup>20</sup> Aus Briefen: «Allverehrter und allgeliebter Landesvater» (Pater Justus Landolt, Einsiedeln, 1. Mai 1867), «Führer und Vater des Glarner Volkes» (J. Hch. Hefti-Trümpy, Hätzingen, 4. Mai 1866). – Literarisch: «C'est homme est un type; c'est le vrai landamman, enfant du pays et père de son peuple.» (*Eugène Rambert, Les landsgemeinde de la Suisse*, in: *Bibliothèque universelle et revue suisse* 42, 1871, S. 556, später in: *Etudes hist. et nat.*, Lausanne 1889).

<sup>21</sup> Dubs an Heer, 20. April 1867. <sup>22</sup> Tagebuch 1872, 28. November.

<sup>23</sup> Heer an Dubs, 29. Februar 1868.

<sup>24</sup> Der Bericht über Bundesrat Heers Begegnung mit Alfred Escher vom 2. März 1876

In internationaler Beziehung war für Heer die Neutralität der Schweiz Staatsmaxime, die keine Modifizierung je nach der Lage der Dinge ertrug. König Wilhelms starre Haltung im preußischen Verfassungskonflikt bedauerte er aufs tiefste<sup>25</sup>. Wenn wir auch seinen sehr beachtenswerten Argumenten nicht im einzelnen nachgehen können, so dürfen wir doch seine Schlußfolgerung nicht ganz unterschlagen. Es war damals Heer keinen Augenblick fraglich, wer hier siegen werde, nur der Zeitpunkt dieses Sieges war ihm problematisch. «Wie Louis Philippes Herrschaft, so wird auch die des Herrn von Bismarck und derer, die nach ihm kommen, nur ein historisches Zwischenstadium auf dem Wege zum wahren Volksstaate bilden.» Im Jahre 1866 aber war es ihm auf Grund genauer Beobachtung der Entwicklungen seit 1848 klar, daß eine erfolgreiche Einigung Deutschlands nur durch Preußen möglich sei, und der Umstand, daß Preußen durch die Proklamierung des allgemeinen Stimmrechts auf die Bahn des Volksstaates einzulenken schien, mag ihm seine Option noch erleichtert haben. Jedenfalls rühmte er sich im Sommer 1866 Sarasin gegenüber unter Berufung auf eine Livius-Stelle, wonach die Einsichtigeren immer in der Minderheit stünden, dieser seiner Haltung. Der Erfolg der preußischen Waffen führte ihm dann unter seinen parlamentarischen Kollegen in Bern rasch viele Bundesgenossen zu<sup>26</sup>.

So etwa mag sich Landammann Heer seinen Zeitgenossen präsentiert haben. Aber was wir Nachfahren mühsam aus mannigfaltigen Zeugnissen zusammensetzen, war für sie zusammengehalten durch den gewiß nicht geringen lebendigen Zauber der Persönlichkeit. Welches waren die Gründe, die diesen Mann davon abgehalten haben, die ihm angebotene Mission so gleich freudig anzunehmen? Es war auf der einen Seite die Verwurzelung in der eigenen kleinen Welt mit ihren Aufgaben, auf der andern die ihm eigene selbstkritische Haltung, die sich gelegentlich zu einem depressiven Verzweifeln an den eigenen Fähigkeiten steigern konnte, das ihn mehr als einmal an den Rücktritt von allen Ämtern denken ließ.

Eindeutig gibt er dem Wirken in der engen Heimat den Vorzug. «So interessant und wichtig in besonders gearteten, außerordentlichen Zeitläuften eine diplomatische Tätigkeit in Berlin sein möchte», schreibt Heer

ist bei *Gottfried Heer*, Dr. J. Heer, Zürich 1885, S. 175f., im Wortlaut der Heerschen Tagebucheintragung wiedergegeben. Den Schlußsatz mit der kraftvollen Pointe indessen, den wir herausgehoben haben, hat *G. Heer* weggelassen.

<sup>25</sup> Heer an Sarasin, 13. Dezember 1862.

<sup>26</sup> Heer an Sarasin, 2. September 1866. Die Livius-Stelle ist aus dem Gedächtnis zitiert und findet sich im 2. Buch, auf das sich Heer beruft, nicht. Am ehesten ist zu denken an Buch 21, 4, 1: ... sed, ut plerumque fit, maior pars meliorem vicit. Die Nachschlagung verdanke ich Herrn stud. phil. Traugott Bollinger aus Oberurnen.

in seinem mit Wenn und Aber gespickten Brief an den Bundespräsidenten Fornerod vom 20. April 1867<sup>27</sup>, «in gewöhnlichen, normalen Zeiten, die hoffentlich doch auch wieder kommen werden, erachte ich die Stellung und die Wirksamkeit des Gesandten eines kleinen Staates für nichts weniger als beneidenswert und habe ganz ernstlich die Ansicht, daß ich der Welt in meiner bescheidenen Stellung im hiesigen Kanton mehr nütze denn als Minister der schweizerischen Eidgenossenschaft in Berlin – gar nicht zu reden von dem Maße eigener Befriedigung, die mir aus der einen oder andern dieser Stellungen erwachsen würde.» Und neun Jahre später, als Bundesrat, urteilte Heer noch ganz ähnlich, als es sich wiederum um die Besetzung des Berliner Gesandtenpostens handelte. Da findet er, es sei schade, daß man einen Mann in der Vollkraft der Jahre, der in seinem Kanton eine sehr erwünschte Wirksamkeit entfaltet, in die halbwegs bedeutungslose Scheinexistenz eines «petit-diplomate» verdamme<sup>28</sup>.

Schon in dem ersten offiziellen Schreiben an den Bundespräsidenten finden sich neben derartigen hochgemuten Argumenten auch Elemente der Selbstkritik. Noch viel offener äußerte sich Heer in dem privaten Freundesbriefe, den er am gleichen Tage an Bundesrat Dubs richtete. Da beklagt er seinen Mangel an Beobachtungsgabe, an Entschiedenheit und Entschlossenheit. «Es verkehrt sich ... eine Eigenschaft, die an sich ein Vorzug ist, bei mir durch ihr Übermaß zu einem großen Gebrechen», schreibt Heer, «nämlich das Billigkeitsgefühl, mit welchem man an jeder fremden Ansicht und jedem fremden Urteil, auch wenn es mit dem unsrigen nicht harmoniert, die guten Seiten und Bestandteile anerkennen soll. Bei mir nun geht dies sehr häufig zu weit und führt mich dahin, zu leicht und zu rasch eine bisher festgehaltene Ansicht zu modifizieren oder aufzugeben. Diese Eigenschaft, für welche ich hier die wohlwollendste Erklärungsweise suche, während andere sie oft schon ganz anders genannt und abgeleitet haben, ist überhaupt mein Unglück im öffentlichen Leben, und ich würde weit mehr gewirkt haben, wenn ich mich davon hätte befreien können. Ist es nun mit 42 Jahren noch nicht gelungen, so werd' ich wohl daran zu schleppen haben bis an mein seliges Ende. Für eine diplomatische Tätigkeit in schwieriger Zeit wäre das eher eine schlimme und gefährliche Eigenschaft, und sie könnte gerade deshalb noch verhängnisvoller bei mir, als Gesandtem in Berlin, werden, weil ich eine große Vorliebe für den preußischen Staat und die neueste Phase seiner Politik habe, also gerade den Argumentationen dortiger Staatslenker gegenüber am schwersten die erforderliche Festigkeit bewahren dürfte.»

<sup>27</sup> Standort siehe Anm. 2, sub C, a.

<sup>28</sup> Tagebuch 1876, 11. Januar.

Wer die Unterhandlungen, die Heer geführt hat, an Hand der Akten durchgeht, dem mag sich der Eindruck aufdrängen, Heer habe in solcher Selbstcharakterisierung nicht ganz unrecht. Tatsächlich finden wir ab und zu die Bemerkung, hier habe der Gegner mit seiner Bestrebung oder mit seinem Argument recht. Wahrscheinlich aber hat diese Sachlichkeit entgiftend und damit wohlthätig gewirkt. Schaden konnte sie schon deshalb nicht, weil Heer sich genau an die Instruktionen hielt, die ihm aus Bern zukamen. Wir werden also sowohl Heers politische Bedenken als auch seine persönlichen Skrupeln zu würdigen vermögen, können aber nach allem auch durchaus begreifen, daß der Bundesrat nicht für nötig fand, darauf einzugehen. Er kannte die positiven Seiten seiner Konzilianz aus langer Erfahrung und vermochte sie besser zu würdigen als Heer selber. Er war offenbar davon durchdrungen, daß gerade der «Mann, der Festigkeit und Milde in seltenem Maße vereinigte»<sup>29</sup>, für diese Aufgabe mehr als irgendein anderer geeignet sei. Was Heer als Ablehnung formuliert zu haben glaubte, wurde als verklausulierte Annahme entgegengenommen, die Heer nur noch durch ein telegraphisches Ja zu bestätigen hatte und auch bestätigte. Heer sollte seine glarnerische und schweizerische Stellung beibehalten und in zeitlich beschränkter Mission, aber nicht in Spezialmission, sondern als bevollmächtigter Minister nach Berlin und den süddeutschen Höfen entsandt werden. Der Antritt des Postens sollte nach der Landsgemeinde erfolgen.

## II

Bei den deutschen Missionen Heers sind zwei Hauptetappen zu unterscheiden, die Gesandtschaft im Sommer 1867 und die Spezialmission im Frühjahr 1868, die sich wiederum in zwei Phasen gliedert, deren erster die Postverhandlungen, deren zweiter aber die Zoll- und Handelsvertragsunterhandlungen angehören. Diesen diplomatischen Missionen gehen zeitlich voran die Handelsvertragsverhandlungen mit dem deutschen Zollverein im Frühjahr 1865.

### *Stuttgart 1865*

Bei den – wegen ausbleibender Ratifikation schließlich fruchtlosen – Handelsvertragsverhandlungen mit dem deutschen Zollverein, die Heer zusammen mit dem Basler Ständerat August Stähelin-Brunner im März 1865 nach Stuttgart führten, trat ein Konflikt der beiden Sphären, denen Heer diente, nicht auf. Die Anträge an die Landsgemeinde waren gesichtet, das

<sup>29</sup> Das Zitat stammt von *Anton Philipp von Segesser*, Kleine Schriften 3, Bern 1879, S. XXXII. Es lautet weiter: «... und durch ungewöhnliche Geistesgaben nicht minder als durch Biederkeit und Wohlwollen allen imponierte».

Memorial redigiert, als der Landammann nach Stuttgart aufbrach, die Druckbogen konnte ihm der Ratsschreiber füglich dorthin zur Revision schicken<sup>30</sup>. In mehr als dreißig Sitzungen wurde die schwierige Materie besprochen und vertragsreif gemacht. Der natürliche Gang der Verhandlungen führte Ende April zu einem längeren Unterbruch. Landammann Heer konnte also ohne weiteres zur Leitung der Landsgemeinde heimkehren<sup>31</sup>.

### *Berlin und Süddeutschland 1867*

Anders war es zwei Jahre später. Wir haben gesehen, daß – neben Bedenken, die ihm skrupulöse Selbsterkenntnis diktierte – es die Anhänglichkeit an den ihm lieb gewordenen Lebenskreis, mit dem ihn Pietät und Pflichtgefühl verbanden, war, die Heer die Annahme der Berliner Mission im vollen Umfange und in dem vom Bundesrat ursprünglich gewünschten Momente nicht gestattete. Mochte er sich nun in den amtlichen Verrichtungen auch zeitweilig vertreten lassen können, so gab es doch ein Moment, das trotz internationaler Hochspannung eine sofortige Abreise unmöglich machte. Auf den 5. Mai war die Landsgemeinde angekündigt. «Bei der massenhaften Arbeit», so begründete Heer in dem schon zitierten Schreiben an den Bundespräsidenten vom 20. April 1867 dieses spezielle Hindernis, «welche dieselbe zu bewältigen hat, könnte ich die große körperliche und geistige Fatigue der Führung der Gemeinde unmöglich meinem alternden Stellvertreter<sup>32</sup> zumuten. Ich müßte also jedenfalls über den 5. Mai hier bleiben und könnte vor dem 7. Mai kaum abreisen, da derjenige, der eine 4–5 stündige Landsgemeinde geleitet hat, am ersten Tage hernach in der Regel ein halber Invalide ist.» Der Bundesrat ging auch auf diese Bedingung ein.

<sup>30</sup> Briefe des Ratsschreibers Cham vom 13. und 15. März 1865.

<sup>31</sup> Die Angaben verdankt man namentlich dem bei den Akten betr. Handelsvertragsunterhandlungen von 1865 liegenden «Bericht der schweizerischen Abgeordneten zum Abschluß eines Handels- und Zollvertrages mit dem deutschen Zollverein und eines Niederlassungsvertrages mit dem Königreich Württemberg vom 6. Juni 1865», in: «Aktenstücke betr. den Handelsvertrag mit den Staaten des deutschen Zollvereins», S. 42–88 (amtliche Broschüre), sig. Stähelin-Brunner, doch ist dieses magistrale, sehr lehrreiche Opus augenscheinlich ein Gemeinschaftswerk der beiden schweizerischen Abgeordneten. – Auf S. 56 findet sich ein glarnerisches Detail: «Noch haben wir zu erwähnen, daß es dagegen gelang, für den sogenannten *Schabzieger* oder *Kräuterkäse*, der im Zollverein gar nicht verfertigt wird und für den Kanton Glarus nicht unwichtig ist, eine Herabsetzung des Zolls auf 20 Sgr. zu erlangen, während derselbe bisher dem Ansätze des andern Käses unterlegen war.»

<sup>32</sup> Es handelt sich um Landesstatthalter und Ständerat Josef Weber (1805–1890), von und in Netstal. Weitere Angaben im Personenregister zu *B. Becker*, Die Glarner Landsgemeinde, hg. von *Eduard Vischer*, Glarus 1952.



Sobald die Sache aber entschieden war, stellte sich Heer voll und ganz auf den neuen Boden, wie sein Briefwechsel mit Bundespräsident Fornerod aufs schönste erweist. Er erkundigte sich in den Tagen vor der Landsgemeinde umsichtig nach allen möglichen Dingen, namentlich beehrte er eine Aktenauswahl zur Neuenburger- und Savoyerfrage für den Fall, daß er bei der Verteidigung der internationalen Stellung der Schweiz und ihrer Neutralität etwa auf jene Vorfälle angesprochen würde<sup>33</sup>. Am 5. Mai aber leitete er die Landsgemeinde. In seiner Eröffnungsrede konnte bereits der Gesandte Heer herausgehört werden, der sich und seine Zuhörer einmal mehr des einzigartigen demokratischen Wesens seiner politischen Heimat versicherte und mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hinwies, gegebenenfalls für deren Erhaltung auch Opfer zu bringen. Die Rede war am 2. Mai niedergeschrieben worden, zu einem Zeitpunkt also, wo die Tatsache, daß am Vortage die Einladungen zur Londoner Konferenz der Mächte tatsächlich ergangen waren, in Glarus noch nicht bekannt sein konnte, und auch am Tage der Landsgemeinde war die Kriegsgefahr noch keinesfalls wirklich beseitigt<sup>34</sup>. Heer fuhr denn auch bereits am Montag nach Bern, hatte am 7. Mai eine Audienz beim Bundesrat zur Entgegennahme seiner Instruktionen, traf aber erst am 15. Mai in Berlin ein – was ihn so lange in Bern festhielt, ist aus den Akten nicht zu ersehen –, vier Tage *nach* Abschluß der Londoner Konferenz der Mächte, die die Luxemburger Frage aus der Welt geschafft hatte. Der aktuelle Anlaß seiner Entsendung war also dahingefallen. Sehen wir von den mannigfachen kleineren Geschäften, von den Erkundigungen und Besichtigungen ab, so bestand seine Mission jetzt darin, mit Berlin und den drei süddeutschen Höfen von München, Stuttgart und Karlsruhe die diplomatischen Beziehungen zu begründen und die schwebenden Post- und

<sup>33</sup> Heer an Bundespräsident Fornerod, 28. April 1867.

<sup>34</sup> Die Rede ist im Manuskript beim Nachlaß erhalten. Es findet sich darauf der Vermerk: scripsi Donnerstag 2. May. Druck (nach Manuskript): Neue Glarner Zeitung 7. Mai 1867. Gottfried Heer hat die Rede nicht in seine Sammlung Vaterländischer Reden Dr. J. Heers aufgenommen. – Diese Rede hatte einen weiten Nachhall, Den auf die Stellung der Schweiz angesichts der damaligen europäischen Situation bezüglichen Teil gaben die «Basler Nachrichten» wörtlich unter dem Titel «Der Beruf der Schweiz» (Neudruck: *B. Becker*, Die Glarner Landsgemeinde, hg. von *Eduard Vischer*, Glarus 1952, S. 132–134) wieder. Auch die «Thurgauer Zeitung» und andere Blätter der östlichen Schweiz druckten die Rede ganz oder teilweise ab. Die «Appenzeller Zeitung» bemerkte dazu, es habe dieses «Landsgemeindewort über die gegenwärtige Lage und Stellung der Schweiz» für die gesamte Schweiz um so mehr Bedeutung, als es aus dem Munde des Mannes komme, der berufen sei, die schweizerische Eidgenossenschaft offiziell in Berlin zu vertreten. (Vgl. Neue Glarner Zeitung 11. Mai 1867). Auch die NZZ berichtete ausführlich, der Präsident des Genfer Großen Rates nahm ausdrücklich auf sie Bezug. Vgl. (Augsburger) Allgemeine Zeitung vom 24. Mai 1867, S. 2348.



Zollverhandlungen wiederaufzunehmen oder doch zu erkunden, zu welchem frühesten Zeitpunkte diese wieder aufgenommen werden könnten. Die Erledigung des allgemeinen Teils seiner Mission ist der gegründeten Persönlichkeit Heers, seiner Gewandtheit und Sachkunde in erstaunlich kurzer Zeit gelungen. Er kam ohne Vorurteile nach Deutschland, Vertrauen wurde mit Vertrauen erwidert. Das dauernde Ergebnis dieser kurzen sommerlichen Gesandtschaftsreise bilden offenbar die korrekten, wenn nicht guten deutsch-schweizerischen Beziehungen, die sich dann während des deutsch-französischen Krieges bewährt haben. Heer konnte für den Abbau von Vorurteilen wirken, für den Aufbau einer Vertrauensbasis. Es war ihm infolge der unerwartet schnellen Beilegung der Luxemburger Krise, die den Anlaß zu seiner raschen Entsendung gebildet hatte, erspart geblieben, die schweizerische Neutralität im Sturm zu verfechten. Vielleicht hat er in der Stille der diplomatischen und gesellschaftlichen Kontakte um so nachdrücklicher für ihre Befestigung wirken können<sup>35</sup>.

Aus Heers Berichten ersehen wir, daß mehrmals auch die «preußenfeindlichen Ausfälle der schweizerischen, insbesondere der französisch-schweizerischen Presse» zur Sprache kamen, wenn auch nicht an den eigentlich maßgebenden Stellen. Heer bezweifelt, daß seine Gegenbemerkungen von großem Erfolg gewesen seien<sup>36</sup>. Übrigens scheint das pressepolitische Motiv in den damaligen deutsch-schweizerischen Auseinandersetzungen von viel geringerer Bedeutung gewesen zu sein als in den schweizerisch-russi-

<sup>35</sup> Bei den überaus wenigen direkten Zeugnissen, die von der Aufnahme Heers in Berlin berichten, mag einer Zeitungsstimme wie der folgenden relativ mehr Gewicht zukommen als den schönen Sätzen im Abschiedsschreiben von König Wilhelm oder den Komplimenten, die über General von Röder und J. J. Blumer ihren Weg zurück zu Heer fanden. «Der Schlesischen Zeitung wird aus Berlin geschrieben», so las man am 25. Mai 1867 in der Neuen Glarner Zeitung: «Der schweizerische Nationalrat Dr. Heer wird hier sehr gefeiert. Nicht nur hat Preußen längst in direkte Beziehungen zur Schweiz zu treten gewünscht, sondern es haben sich auch in der letzten Zeit so vielfach Sympathien in der Schweiz für Preußen kundgegeben, daß man sich hier Herrn Heer gegenüber aufgefordert fühlt, ihm zu zeigen, wie sehr man sich dafür den Schweizern verpflichtet fühlt.»

<sup>36</sup> Die zitierten Worte fielen in einem Gespräch mit dem Oberzeremonienmeister von Röder, dem Bruder des Berner Gesandten, am 17. Mai, im Anschluß an die Audienz bei König Wilhelm I. (2. Bericht Heers vom 19. Mai). Das gleiche Motiv wurde berührt in dem Gespräch mit Finanzminister von der Heydt vom 21. Mai (3. Bericht vom 22. Mai), der sich speziell darüber beklagte, daß man in der Schweiz keine preußischen Zeitungen halte, sondern «nur die schlechten süddeutschen Blätter, aus denen die schweizerischen Journale ausschließlich schöpften». In der Tat findet sich etwa in der Zürcher Zentralbibliothek zwar die (Augsburger) Allgemeine Zeitung, aber kein Blatt aus jenen Tagen aus den Gegenden nördlich des Mains.

schen, die wenige Jahre vorher aus Anlaß der Polenbegeisterung weitester Volkskreise geführt wurden<sup>37</sup>.

Die Begründung einer generellen Vertrauensbasis war um so wichtiger, als sich, wie sich sogleich zeigte, im einzelnen das «gewachsene deutsche Selbstgefühl» auch in Verhandlungen mit der Schweiz bald als hemmende Schranke erwies<sup>38</sup>. Für konkrete Verhandlungen war indes im Sommer 1867, wie schon die ersten Besprechungen mit amtlichen Stellen zeigten, die Stunde noch nicht gekommen. Postverhandlungen mit dem Ausland waren erst nach einer Abklärung der innerdeutschen Postverhältnisse, womöglich der Rekonstruktion eines zudem konsolidierten deutschen Postvereins möglich. Die Mitteilung, daß derartige deutsch-schweizerische Verhandlungen in Berlin, auf keinen Fall in Bern, wie beabsichtigt war, stattfinden würden, mußte Heer einfach entgegennehmen<sup>39</sup>. Und jeglichen Handelsvertragsunterhandlungen – noch hatten ja die Stuttgarter Verträge keine Rechtskraft, da ihnen Preußen damals die Ratifikation verweigert hatte – mußte die Wiederherstellung des deutschen Zollvereins vorangehen. Noch im Sommer 1867 begannen die Verhandlungen zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten.

Als nun die wichtigsten Besuche in Berlin gemacht waren und der Auszug der maßgebenden Kreise aufs Land einsetzte, kam sich Minister Heer in der großen Stadt recht überflüssig vor. «Ich habe im vollen und wahren Sinne des Wortes Heimweh», schrieb er schon am 6. Juni an Dubs, «und sehne mich inbrünstig aus diesem Lärm einer mir fremden Welt in die Stille und in die gewohnte Tätigkeit meines lieben Glarnerlandes zurück.» Mit Bewilligung des Bundesrates verließ er Berlin am 24. Juni. Diese knappen drei zusätzlichen Wochen hatten ihn nun doch noch etwas heimischer werden lassen. Auf der Reise beschlich ihn das Gefühl, ob es nicht besser gewesen wäre, er wäre nie nach Berlin gekommen. «Weiß der Himmel», trägt er auf der nächtlichen Bahnfahrt in sein Tagebuch ein, «ob ich mit alter Freudigkeit in den kleinen engen Geschäften und Geschäftchen der Heimat mich wieder zurechtfinden werde.» Am 3. Juli gab Heer in München, wohin sich König Ludwig II. von Schloß Berg eigens verfügt hatte, sein Beglaubigungsschreiben ab. Das große Zeremoniell, das in eigentümlicher Weise von der Einfachheit und Prunklosigkeit der gleichen Förmlichkeit in Berlin abstach, blieb nicht ohne Eindruck auf ihn, beschreibt er es doch in allen Einzelheiten. Er berichtete über die Münchner Audienz offiziell an den Bundespräsidenten Fornerod, dem er die

<sup>37</sup> Vgl. *Edgar Bonjour*, Geschichte der schweizerischen Neutralität, Basel 1946, wo sich bei der Lektüre des 17. Kapitels dieser Schluß ex silentio aufdrängt.

<sup>38</sup> Der Ausdruck findet sich in dem Briefe Heers an Dubs vom 22. Mai 1867.

<sup>39</sup> Brief Heers an Dubs vom 22. Mai 1867.

freundschaftlichsten Grüße des Königs zu übermitteln hatte<sup>40</sup>. In einem Privatbrief an Dr. Jakob Dubs gab sich Heer noch etwas freier und ließ manche überaus bezeichnende Einzelheiten in leise ironischer Tönung miteinfließen.

Nach einer Reihe von Besprechungen fuhr Heer nach sorgfältiger Sondierung des Terrains, um ja nicht die «Suszeptibilität, die an den kleinen Höfen herrscht» – das ist der Stil des nun bereits erfahrenen Diplomaten! – herauszufordern<sup>41</sup>, von München direkt nach Karlsruhe, da der König von Württemberg wegen seiner damaligen Besuchsreise nach Paris in jenem Momente in Stuttgart nicht zu treffen war<sup>42</sup>. Der badische Großherzog nun war zwar nach St. Moritz ins Bad gefahren, doch hielt es Heer für «schicklich», wenigstens die Minister in Karlsruhe zu begrüßen, da die besonders freundschaftlichen Verhältnisse der Schweiz zu Baden eine solche Aufmerksamkeit wohl rechtfertigen würden. Er wurde denn auch «ungemein herzlich empfangen», und was er bei den leitenden Männern vernahm, konnte ihn reichlich für den Ausfall der Visite im Schloß entschädigen. Am 19. Juli hatte Heer in Karlsruhe sein Beglaubigungsschreiben abgegeben, am 22. vollzog er den gleichen Akt in Friedrichshafen, wohin sich mittlerweile König Karl I. verfügt hatte. Dazwischen fanden Besprechungen in Stuttgart statt. Am 24. Juli traf Heer wieder in Bern ein.

Dann weilte er mit bundesrätlicher Bewilligung im Urlaub in der Heimat. Auch von Glarus aus hat er noch die eine oder andere Amtshandlung vollzogen. So sondierte er von dort aus in Berlin neuerdings nach dem Beginn der Handelsvertragsunterhandlungen und erfuhr, sie könnten erst nach Neujahr einsetzen<sup>43</sup>. Jetzt demissionierte er, verpflichtete sich aber für die fraglichen Verhandlungen zur Übernahme einer Spezialmission. Anfangs Dezember endlich erfolgte die Entlassung, doch sollte der Nachfolger erst nach der endgültigen Rückkehr Heers ernannt werden<sup>44</sup>.

### *Die Spezialmission im Frühjahr 1868*

Die Bereinigung der deutsch-schweizerischen Postverhältnisse – vor der Begründung des Weltpostvereins (1874) mußten ja die postalischen Be-

<sup>40</sup> 10. Bericht Heers vom 11. Juli 1867.

<sup>41</sup> 11. Bericht vom 20. Juli 1867.

<sup>42</sup> Wie andere Fürstlichkeiten und Staatsmänner, auch das preußische Königspaar und Graf Bismarck, war König Karl I. von Württemberg zur Weltausstellung, der letzten glanzvollen Repräsentation des Zweiten Kaiserreiches, nach Paris gefahren.

<sup>43</sup> Vgl. Heer an Dubs, 16. September 1867.

<sup>44</sup> Der Bundesrat erteilte Landammann Dr. J. Heer am 2. Dezember 1867 die von ihm wiederholt nachgesuchte Entlassung unter Verdankung der von ihm in dieser Eigenschaft geleisteten Dienste (Schweizerisches Bundesblatt 1867, III, S. 191). Die im Text

ziehungen in mühsamen Verhandlungen von Land zu Land ausgehandelt werden – war zuerst verhandlungsreif. Als nun um den 5. Februar 1868 in Bern der Bericht eintraf, die Verhandlungen könnten binnen zehn Tagen in Berlin aufgenommen werden, ergab sich ein Zusammenstoß des internationalen mit dem intern-glarnerischen Terminkalender. Landammann Heer, der mitten in der Sichtung der Memorialsanträge stand, glaubte Grund zu haben, den übernommenen Auftrag zurückzugeben, auf keinen Fall könnte er die Mission vor Mitte März antreten. Da man in Bern an der Person Heers festhielt, teilte man ihm – offenbar nach Rücksprache mit dem deutschen Gesandten – sogleich telegraphisch mit, seinem Verschiebungswunsche sei stattgegeben.

Heers Reaktion auf die bundesrätliche Mitteilung war von zwei Motiven inspiriert. Auf der einen Seite empfand er es als «höchst anmaßend» von Preußen, «daß es so lange Zeit jede bestimmte Auskunft über den Zeitpunkt der Verhandlungen verweigerte und nun plötzlich, sobald es ihm gelegen ist, dem andern Teil zumutet, vom einen Tag zum andern auf dem Platze zu erscheinen. Es scheint, man hat sich in Berlin sehr ans stramme Kommando, auch im internationalen Verkehre, gewöhnt.» Er denkt, «daß auch jeder andere Kommissär, selbst wenn er nicht bis an den Hals in Landsgemeindeschäften steckte, sich dafür bedankt haben würde, nur so ohne weiteres den Koffer zu packen und spornstreichs nach Berlin zu reisen, als ob das Vaterland in Gefahr wäre». Auf der anderen Seite glaubte er sich zur Wehr setzen zu müssen gegen eine gewisse Geringschätzung seiner kleinen Welt, der er doch so große Dignität zumaß wie der größeren in Bern oder der ganz großen in Berlin. Er kann Dubs versichern, daß es viel braucht, wenn die Arbeit am Memorial bis Anfang März unter Dach sein soll. «Die Vorberatungen sind kaum zur Hälfte durch, und erst nach ihrem Schlusse kann ich ans Schreiben des Memorials, das ein kleines Buch werden wird und das ich von A bis Z zu verfassen habe, gehen. Daneben gehen die laufenden Geschäfte ihren gewohnten Gang ... Also lacht, ihr großen Herren, uns kleine Leute nicht gar zu sehr aus: die kleinen Dinge müssen gemacht sein wie die großen, und dann liegt in unseren Verhältnissen meistens gar viel auf einer Schulter!<sup>45</sup>» Wenn auch Dubs meinte, das «glarnerische Stilleben» dürfe «denn doch nicht das höchste Gesetz in der Eidgenossenschaft sein»<sup>46</sup>, so hatte sie sich doch eben noch einmal vor diesem Gesetze beugen müssen. Wollte man den Landammann Heer nach Berlin schicken, so gab Glarus viel größeren Bereichen das Gesetz.

berührten Modalitäten der Entlassung ergeben sich aus der Privatkorrespondenz Dubs-Heer und aus den Akten. Vgl. auch Neue Glarner Zeitung vom 5. Dez. 1867.

<sup>45</sup> Heer an Dubs, 10. Februar 1868.

<sup>46</sup> Dubs an Heer, 7. Februar 1868.

Sobald also das Landsgemeinde-Memorial für 1868 druckreif war, fuhr Landammann Heer neuerdings nach Berlin. Diesmal aber wurden ihm die Druckbogen nicht nachgesandt, vielmehr wurden die Korrekturen jetzt durch seine ihm sehr vertraute, innerlich nahestehende Schwester, die sich ab und zu durch den Schwager J. J. Blumer beraten ließ, besorgt; diese versorgte ihn auch laufend mit Neuigkeiten aus Glarus, über eine Arbeitslehrerinnenwahl, über Probelektionen für eine Sekundarlehrerstelle und dergleichen mehr ihm getreulich berichtend. Andere Berichte erstattete der Schwager J. J. Blumer, der seit kurzem auch als Glarner Gemeindepräsident amtierte. Zusammen mit den Briefen von Kirchenvogt D. Marti, der im Sommer vorher über Ergänzungsbauten am Schulhaus und über Kirchen- und Schulgemeindeversammlungen eine ausführliche Relation nach Berlin gesandt hatte, haben wir hier Korrespondenzen vor uns, die ein rührendes Gegenstück bilden zu den Heerschen Gesandtschaftsberichten im Bundesarchiv<sup>47</sup>.

In jedem Falle aber konnte Glarus der Welt sein Gesetz nicht aufdrängen. Es war nicht mehr möglich, wenn man sich an stärkeren Realitäten stieß. Bern konnte nachgeben, die deutsche Postbürokratie konnte es auch, anders war es bei den nächsten Verhandlungen, denjenigen über den Handelsvertrag, deren Ergebnis dem deutschen Zollparlament vorgelegt werden mußte, das nur einmal im Jahr, im Mai, tagte. Da konnten schwerlich die betreffenden Vertragsverhandlungen in den gleichen Monat Mai verlegt werden, wie es Heer mit Rücksicht auf die auf den 3. Mai ausgekündete Landsgemeinde lieb gewesen wäre. Wir können das Auf und Ab des Briefwechsels zwischen Bundespräsident Dubs und den beiden in Aussicht genommenen Unterhändlern nicht im einzelnen verfolgen. Heben wir heraus, daß August Stähelin nach anfänglichen privaten Bedenken zusagte, weil er dem Lande so einen Dienst leisten konnte, nach dem Vorbilde jener Basler Patrioten, die durch ihre wirtschaftspolitische Aktivität Basel ehrenvoll in den neuen Bund eingeführt hatten. Heer aber glaubte, sich nach anfänglicher Zusage doch zurückziehen zu sollen. Schließlich ließ er sich gewinnen, doch nur unter der Bedingung, auf jeden Fall auf die Landsgemeinde nach Glarus zurückkehren zu können. Bereits wurde der Mitunterhändler, ein vielbeschäftigter Industrieller, der durch die Annahme langdauernder handelspolitischer Missionen schließlich auch Opfer brachte, etwas ungehalten, als sich eine Lösung in der Weise fand, daß der Glarner Landrat die Landsgemeinde um vierzehn Tage auf den 17. Mai verschob. Damit war man in Glarus allgemein einverstanden, wenn auch J. J. Blumer seinem Schwager zu melden wußte, die «Junge Schule» schimpfe und

<sup>47</sup> Didi Heer an Dr. J. Heer, 22., 30. März und 10. April 1868; J. J. Blumer, 16., 23. April, 1. Mai 1868; D. Marti, 11. Juni 1867.



spöttle über den Vorgang und finde darin «einen neuen Beweis für ihre Thesis, daß der Kanton Glarus eigentlich eine Monarchie sei»<sup>48</sup>. Nur in den mehr zeremoniellen Dingen konnte Heer auch jetzt Entgegenkommen finden, indem die Abgabe der Abberufungsschreiben an den süddeutschen Höfen erst nach der Landsgemeinde erfolgen sollte<sup>49</sup>. Schließlich wurde Heer gar gestattet, sich dort schriftlich abzumelden<sup>50</sup>.

Welches aber waren die Ergebnisse der doppelten Spezialmission vom Frühjahr 1868? Was im Jahre zuvor erreicht worden war, war ein persönlicher Erfolg gewesen. Er hatte das Terrain vorbereitet. Jetzt aber stand raschen Erfolgen in konkreten Verhandlungen die neue politische Gesamtsituation, das gewachsene deutsche Selbstgefühl, von dem schon die Rede war, eher entgegen. Die Staatsraison spielte auch in scheinbar rein technische Verhandlungen hinein, die Staatsraison Preußens wie diejenige des in dynamischer Weise Gestalt annehmenden neuen Deutschlands. So scheiterten denn die Postverhandlungen beinahe an dem neuen deutschen Einheitsgefühl, das nur noch einheitliche Briefftaxen ertrug, sich mit verschiedenen Taxen für Nord und Süd, wie sie der schweizerische Bundesrat eine Zeitlang verfocht, auf gar keinen Fall hätte abfinden können<sup>51</sup>, so scheiterten die zähe geführten Handelsvertragsunterhandlungen tatsächlich und wurden am 9. Mai ergebnislos abgebrochen<sup>52</sup>. Was war an diesem Scheitern schuld? Uneinigkeit hinsichtlich des Nebenvertrages über den Schutz des geistigen Eigentums? Ungenügende deutsche Konzessionen in der Alpenbahnfrage? Streitigkeiten wegen der kantonalen Ohmgelder? Offenbar sind diese verschiedenartigen Vermutungen so zu erklären, daß sie an Indiskretionen aus verschiedenen Stadien der Verhandlungen anknüpfen<sup>53</sup>. Wer die Akten durchgehen konnte, wird denjenigen Zeitgenossen beipflichten, die eine Prestigefrage am Scheitern schuld sein ließen. Nach gutem Fortgange der Verhandlungen war nämlich von übereifrigen Badensern die irri-  
ge Meinung aufgebracht worden, die Schweiz begünstige in einer Ein-

<sup>48</sup> J. J. Blumer an Heer, 23. April 1868.

<sup>49</sup> Vgl. Heer an Dubs, 23. April 1868.

<sup>50</sup> Vgl. Heer an Dubs, 22. Juni 1868.

<sup>51</sup> Vgl. besonders Heers Brief an den Bundesrat vom 30. März 1868. Bei einem Scheitern der jetzigen Verhandlungen würden separate Verhandlungen mit den süddeutschen Staaten schwerlich in Frage kommen. Namentlich der badische Abgeordnete «habe mit einer gewissen Erregtheit jeden derartigen Gedanken von der Hand gewiesen: *Gott sei Dank seien die Zeiten vorbei, wo sich Süddeutschland in Verkehrsfragen von Preußen trennen lasse und dgl.*».

<sup>52</sup> Bundesarchiv, Akten betr. Handels- und Zollvertrag vom 13. Mai 1869, speziell: Heer an Bundespräsident Dubs, Berlin 7.–9. Mai 1868.

<sup>53</sup> Der Hinweis auf einige Korrespondenzen des Schweizer Berichterstatters der (Augsburger) Allgemeinen Zeitung mag das belegen, so S. 1977, 2079, 2096.



zelheit Frankreich vor Deutschland. Keine Verhandlung konnte den Span aus der Welt schaffen. Der Bundesrat war formell im Recht und glaubte, die Konzession irgendeiner zusätzlichen, eine klare Interpretation der angezogenen Bestimmung aus dem schweizerisch-französischen Handelsvertrag von 1864 vermittelnden Formel würde dem Gegner nur den Triumph verschaffen, er sei eben mit seiner Beanstandung doch im Recht gewesen.

Nun versuchte Dr. Heer, dem in seiner diplomatischen Eigenschaft der Zugang zu den höchsten Regierungsstellen offenstand, auf dem Wege einer Audienz bei Bismarck die Situation zu retten. Der Zeitpunkt war ungünstig. Aus verschiedenen Zeugnissen erhellt, daß der Bundeskanzler in jenem Zeitpunkt am äußersten Rande seiner Kräfte angelangt war, daß Nervosität und Schlaflosigkeit ihm schwer zu schaffen machten<sup>54</sup>; einige Wochen später hat er denn auch einen langen Urlaub angetreten, den er in Varzin verbrachte. Bei frischeren Kräften hätte Bismarck vielleicht auch hier einen Ausweg gefunden, während jetzt Heer nur berichten konnte, Bismarck habe erklärt, «gerade Frankreich gegenüber könne Deutschland sich von der Schweiz eine derartige Zurücksetzung nicht gefallen lassen, nicht, weil es dadurch in erheblichen Interessen, sondern weil es in seinem *Ehrgefühl* verletzt würde; das Ganze sei freilich nur eine question d'amour-propre, aber gerade in derartigen Fragen müsse ein Staat wie das neue Deutschland sehr empfindlich sein»<sup>55</sup>. Mit Gründen war, wie Heer in seinem letzten Berliner Bericht an den Bundesrat mit Recht bemerkt, einer derartigen Vernehmlassung nicht beizukommen. Indes ging der Abbruch der Verhandlungen ohne Trübung des deutsch-schweizerischen Verhältnisses vor sich. Auch ohne Vertrag behandelte man sich auf Zusehen hin als meistbegünstigte Nationen. Und ein Jahr später, auf die 1869er-Session des deutschen Zollparlamentes hin, war man vermittels jener kleinen interpretierenden Konzession des Bundesrates, die nun doch gegeben wurde, soweit, daß Oberst Hammer, Heers Nachfolger auf dem Berliner Gesandtenposten, ohne weitere Schwierigkeiten die Früchte der zähen Bemühungen Heers und Stähelins ernten konnte.

Inwiefern drang, so fragen wir uns zum Schlusse, Heers diplomatisches Wirken in die Öffentlichkeit, und wie wurde es dort aufgenommen? Wenn

<sup>54</sup> R. v. Bennigsen, Ende Nov. 1867 (über Bismarck): «So aufgereggt und leidenschaftlich, daß er es nicht mehr lange treiben kann», Bismarck selbst (nach der Aufzeichnung des amerikanischen Gesandten G. Bancroft) am 29. Mai 1868: «Ich kann nicht schlafen, ich kann nicht essen, nicht trinken, nicht lachen, nicht rauchen, nicht arbeiten, ... ich habe Nervenbankerott.» (*O. v. Bismarck*, Die gesammelten Werke, 2. Aufl., 7, Berlin 1924, S. 229, 250.)

<sup>55</sup> Heer an Bundespräsident Dubs, 7.-9. Mai (vgl. Anm. 52).

die paar Zeitungsbände, die wir haben durchsehen können<sup>56</sup>, eine genügend tragfähige Grundlage für unser Urteil bilden, so dürfen wir behaupten, daß wir in den vorstehenden Ausführungen und in den Referaten, die im letzten Kapitel noch zu geben sind, den Schleier von einem Stück Geheimdiplomatie alten Stiles gehoben haben. Im Sommer 1867 war es der Minister selber, der dafür sorgte, daß seine Mission von publizistischer Begleitmusik verschont blieb. Sein zweiter Gesandtschaftsbericht war durch eine Indiskretion in die Hände von Presseleuten gefallen; mißverständliche Äußerungen über das heikle Thema der schweizerischen Neutralität waren in die Presse gelangt<sup>57</sup>. In Worten, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen, verwahrte sich Landammann Heer beim Bundesrat dagegen<sup>58</sup>. In der Folge ist von einem Hinaussickern aus Heers diplomatischen Berichten nichts mehr zu bemerken, höchstens finden sich einzelne dürre Notizen über die verschiedenen Antrittsaudienzen.

Über das Scheitern der Handelsvertragsunterhandlungen im Mai 1868 stellte, wie wir gesehen haben, die Presse ihre Vermutungen an. Als Minister Kern aus Paris in die Diskussion eingriff und selbst steigen in die Arena stieg, hat auch Heer sich einmal hineinbegeben<sup>59</sup>, aber volle Klarheit bekam man doch erst aus den Kommissionsberichten, die den Ratifikationsverhandlungen der eidgenössischen Räte vom Sommer 1869 zugrunde lagen. Über die Postverhandlungen orientierte eine bundesrätliche Botschaft vom 6. Juli 1868 die Öffentlichkeit so erschöpfend, als man es für gut fand. Bei deren Redaktion griff man auf Heers eingehenden Bericht vom 20. Mai zu-

<sup>56</sup> Wir mußten uns mit der Durchsicht der Neuen Zürcher Zeitung (=NZZ), der Neuen Glarner Zeitung und der (Augsburger) Allgemeinen Zeitung begnügen.

<sup>57</sup> Vgl. etwa (Augsburger) Allgemeine Zeitung vom 25. Mai, S. 2363.

<sup>58</sup> 4. Gesandtschaftsbericht Heers vom 28. Mai 1867.

<sup>59</sup> Bundespräsident Dubs hatte, wie sich aus den Akten ergibt, Minister Kern in Paris um seine Meinung über die deutschen, auf den französisch-schweizerischen Handelsvertrag sich beziehenden Bedenken gefragt. Zwei Schreiben Kerns an den Bundespräsidenten vom 15. und 25. Mai 1868 liegen bei den Akten, ein Schreiben Kerns an Heer vom 22. Juni 1868 bei Heers Nachlaß. Kern scheint sich auch publizistisch geäußert zu haben, wenn nicht in dem Artikel der Kölnischen Zeitung, auf den die NZZ vom 17. Juni, ihn teilweise reproduzierend, Bezug nimmt, so doch in den mit K gezeichneten Artikeln (Auch noch ein Wort zum deutsch-schweizerischen Handelsvertrag. Korrespondenz vom 26. Mai) des «Bund» vom 3., 4., 5. und 6. Juni 1868. Heer fühlte sich durch Kern angegriffen und antwortete in der NZZ vom 20. Juni 1868 in ausführlicher Erklärung, die er mit seinem vollen Namen zeichnete, auch Dubs hatte gleichzeitig sich in einer öffentlichen Erklärung gegen die «Kernschen Präntentionen gewendet» (vgl. Heer an Dubs, 22. Juni 1868). – Einem bei den Akten liegenden Auszug aus dem Bundesratsprotokoll vom 1. Juli 1868 ist zu entnehmen, daß dem Bundesrat «dermalen aus verschiedenen Gründen eine weitere Besprechung des Gegenstandes in der Öffentlichkeit unangenehm erschien».

rück, indem man ihn mit zwei einleitenden Seiten des Departementschefs einfach dem Drucke übergab.

### III

In einem letzten Abschnitt wenden wir uns dem allgemeineren historischen Gehalt der Berichte zu, die Minister Heer dem schweizerischen Bundespräsidenten Fornerod im Sommer 1867 erstattet hat. Die schweizerischen Angelegenheiten haben uns bereits beschäftigt, sie haben jetzt zurückzutreten, die internationale Lage, der Stand der Deutschen Frage, die handelnden Persönlichkeiten jener Weltstunde treten in den Vordergrund. Wieweit Heers Berichte bereits benutzt worden sind, ist schwer festzustellen. Alfred Stern hat sie durchgesehen und einmal auch wörtlich zitiert, doch ist Sterns Exzerpt, soweit ich sehe, in der Literatur nicht weiter beachtet worden<sup>60</sup>. Zum Gegenstand einer Spezialstudie sind Heers Berichte bisher nicht gemacht worden.

Am 15. Mai war Heer in Berlin eingetroffen, vom 17. und vom 19. Mai datieren seine ersten Gesandtschaftsberichte, hatte er doch schon an diesen zwei Tagen seine Antrittsaudienzen beim Grafen Bismarck und bei König Wilhelm I. Über diese erste Begegnung mit Bismarck ist in seinem ersten Gesandtschaftsbericht folgendes zu lesen<sup>61</sup>:

«Bismarck trug die Interimsuniform eines preußischen Generals, in welcher er sich sehr stattlich ausnimmt; er ist ein Mann von wahrhaft athletischer Gestalt mit großer Glatze und dünnem, kurzgeschorenem, blondem Haar; der Ausdruck seines Gesichtes, auf Abbildungen gewöhnlich streng und fast grimmig, ist in Wahrheit eher sanft, wie er denn auch im Sprechen einen durchaus sanften, liebenswürdigen, fast möchte ich sagen, bescheidenen Ton anschlägt. Daß er aber unter Umständen auch anders aussehen und auftreten kann, glaube ich wohl.

<sup>60</sup> *Alfred Stern*, *Geschichte Europas*, 10, Stuttgart und Berlin 1924, S. 106. Die von A. Stern wörtlich ausgeschriebene Stelle geben wir in unserem Text («Beiträge», S. 176, Z. 30–33) kursiv wieder. – Einen ganz knappen Bericht über die Audienz bei Bismarck, in dem immerhin die Worte über die «30000 braven Jungens» (siehe unten) wörtlich vorkommen, ließ Heer am 21. Mai 1867 in einen Brief an seine Gattin einfließen. Gottfried Heer zitiert diese Stelle in seiner Biographie, S. 107. Der Brief selbst scheint verloren.

<sup>61</sup> Wir geben diese und alle andern zitierten Originaltexte in moderner Orthographie und, soweit möglich, Interpunktion wieder. Man wird beachten, daß Heer zwischen indirekter und direkter Rede schwankt. Er versuchte, die direkt wiedergegebenen Stellen durch besondere Anführungszeichen kenntlich zu machen, doch setzte er diese vielfach nur an den Anfang dieser Stellen, nicht auch an den Schluß. Wir lassen sie weg. – Unterstrichene Stellen geben wir in Kursivdruck wieder, außerdem «Beiträge», S. 176, Z. 30–33. Vgl. Anm. 60.

Der Empfang war sehr freundlich, und nach wenigen einleitenden Worten waren wir mitten in sehr lebhaftem politischem Gespräch. Er sprach sich dabei mit der bekannten, ihm eigenen Offenheit aus, und ich notiere Ihnen die Hauptsachen, obgleich es bei dem sprudelnden Wesen des Ministers nicht leicht ist, den Faden seiner Bemerkungen stetsfort im Gedächtnis festzuhalten.

Zunächst sprach er seine Freude darüber aus, daß, wie er höre, die Schweiz entschlossen gewesen wäre, im Falle des Krieges ihre Neutralität ernsthaft und nach allen Seiten hin aufrechtzuhalten; Preußen könne nichts Besseres verlangen. Es versteht sich, daß ich hierauf in bündiger und bestimmter Form diejenigen Gesichtspunkte eröffnete, die mir die Instruktionen des h. Bundesrates an die Hand geben.

Auf meine Bemerkung, daß indessen nun wohl die Kriegsgefahr für längere Zeit vorüber sei, zuckte er die Achseln und meinte, daß Preußen keinen Krieg wünsche, sei klar; es verlange nichts und habe im eigenen Hause mehr als genug zu tun; aber die Tatsache, daß die französischen Rüstungen *auch jetzt noch* fort dauern, lasse die Lage immer noch als eine beunruhigende erscheinen. Die Pferd-Ankäufe nach Frankreich seien nicht sistiert und zwischen Paris und der Ostgrenze stehen eine unverhältnismäßige Zahl von Truppenkörpern; allerdings seien sie nicht auf Kriegsstärke, aber die Urlauber und Reservisten könnten mit größter Raschheit und sehr unvermerkt jeden Augenblick herbeigezogen werden. Unter diesen Umständen und wenn das nicht bald anders werde, sei Preußen genötigt, auch mit Rüstungen zu beginnen. Denn so wenig es den Krieg suche, so wenig werde es ihm aus dem Wege gehen. Frankreich steht im Grunde doch isoliert da: die allgemeine Lage ist so, daß keine Macht in Europa einen Sieg Frankreichs, der mit völliger Niederwerfung Preußens endigen würde, *ertragen* könnte; von Belgien und der Schweiz ganz abgesehen, was wäre Österreich oder Italien einem so allmächtig gewordenen Frankreich gegenüber? Selbst Rußland hat ein sehr entschiedenes Interesse im gleichen Sinn: es kann keine französischen Soldaten in Posen brauchen. Und England ist vitaliter interessiert dabei, daß nicht auch die großen Elemente maritimer Macht, welche die norddeutsche Küste enthält, die französische Seemacht verstärken. Frankreich wird daher zu einem Entscheidungskampfe gegen Preußen schwerlich Alliierte finden, auch Italien, trotz den Ratazzischen Velleitäten, knirscht im Grunde in die Zügel, die ihm Frankreich angelegt hat, und wird sich wohl hüten, nach Abenteuern auszugehen. Italien ist eigentlich unser ganz natürlicher Bundesgenosse. Denn wir haben die nämlichen Mächte zu fürchten: Frankreich und Österreich. Geht es aber zwischen Frankreich und Preußen *allein* los, so sollte der Sieg nicht zweifelhaft sein. Frankreich kann *jetzt* 280000 oder – sagen wir runde Zahlen – 300000

Mann offensiv gegen Deutschland ausrücken lassen, vielleicht in 6–12 Monaten 400 000; mehr haben sie nicht (über Besatzungstruppen und algerische Armee hinaus). Preußen dagegen stellte im Jahre 1866 bei einer Bevölkerung von 20 Millionen Seelen 650 000 Mann effektiv ins Feld. In Norddeutschland ist jetzt alles auf preußischen Fuß eingerichtet, und da der Bund 30 Millionen Seelen hat, so könnten 900 000 Mann bloß von ihm geliefert werden, sagen wir aber, da manches noch etwas unfertig ist, bloß 800 000; dazu kommen 100 000 Mann, die Süddeutschland (anstatt der 300 000, welche es nach der Bevölkerung trafe) jedenfalls in sehr guter Beschaffenheit hinstellen würde, gibt 900 000 Mann disponible Truppen. Davon rechne man ab: 200 000 Mann für Festungen und dergleichen (Observationskorps gegen Österreich?) und 100 000 für Deckung der Küste (in drei Korps 60 000 an der Ostsee, 30 000 Mann an der Nordsee), so bleiben immerhin 600 000 Mann bester Truppen, welche wir der französischen Invasionsarmee entgegenwerfen können. Da nun ohnedem der Angreifer immer der stärkere sein sollte, wenn er Chancen haben will, im fremden, feindlich gestimmten Lande definitiv zu reüssieren, so ist klar, daß wir dem Angriff mit großer Seelenruhe entgegensehen können. Zu statten kommt uns dabei freilich, *daß unsere Verhältnisse zu Rußland uns gestatten, die östliche Grenze vollständig zu degarnieren* (wörtlich). Trotz dieser glänzenden Aussichten, fügte der Minister hinzu, suchen wir wahrlich den Krieg nicht. *Wir sind nach dem letzten Jahre, um mich so auszudrücken, satt und verlangen nichts weiter. Zudem ist es keine Kleinigkeit, einen Krieg heraufzubeschwören und wieder etwa 30 000 brave Jungens tot oder zu Krüppeln schießen zu lassen.* Darum freue ich mich des Arrangements wegen Luxemburg: das Ländchen und auch die Festung hatte freilich an sich wenig Bedeutung. Die Festung wird auf 1500 Schritte Distanz beherrscht, und da die ganze Stadt nur 2000 Schritte breit ist, so kann man mit gezogenen Geschützen von den beherrschenden Höhen aus bis in die Kehlen der Verschanzungen auf der entgegengesetzten Seite reichen. Zudem war unser Besitztitel schwach: Wäre Holland mit seinen Urkunden früher oder später gekommen und hätte uns gehen heißen, ja – ich weiß wahrhaftig nicht, was wir hätten sagen können. Aber als nun Holland unbegreiflicherweise sich hinter Frankreich stellte, nahm die ganze Frage einen andern Charakter an: Vor holländischen Papieren hätten wir uns ganz füglich zurückziehen können, vor französischen Kanonen geht das nicht an. – Die Holländer hegten die törichte Besorgnis, wir wollten sie verschlingen, woran auch kein wahres Wort war. Ein Staat wie Holland, der eine große Geschichte hinter sich und sich eine durchaus ehrenhafte Selbständigkeit gewahrt hat, der zudem von uns nichts wissen will, ist kein Ziel-punkt unserer Vergrößerungssucht. Der einzige Gegenstand, über den wir mit Holland uneinig sind, sind die Zölle, und zur Beseitigung dieses Punktes



brauchen wir wahrlich keinen Krieg: wir haben nach dem Meere zu auch noch den Weg durch Belgien und jetzt dazu den im eigenen Lande, über die Ems...<sup>62</sup>.

Nachdem ich fast drei Viertelstunden dagesessen, fand ich es doch am Orte, mich zu empfehlen. Graf Bismarck ließ mich aber auch stehend nicht sogleich los. Er kam auf den Sonderbundskrieg zu reden. 1847 im September sei er durch Luzern gekommen, gerade als man dort und in Alpnach Schanzen aufgeworfen habe. Es schien mir, er verbinde mit diesen Reminiscenzen einen etwas spöttischen Rückblick auf die damalige schweizerische Armee und ergriff daher die Gelegenheit, zu erklären, daß seither sehr vieles geschehen sei und daß die Armee von 1847 mit der heutigen in keiner Weise verglichen werden dürfe. Es sind freilich nur Milizen, und ich begreife, daß ein kgl. preußischer General von Milizen einen sehr geringen Begriff habe, aber ich habe auch die Überzeugung, daß im gegebenen Fall manches Vorurteil durch die Tatsachen widerlegt würde. Nein, wirklich, entgegnete Graf Bismarck, ich habe vor gutgeführten Milizen allen Respekt. Die bayerischen Truppen von 1866 waren gewissermaßen auch nur Milizen, sie sind im Jahr nur wenige Wochen präsent, und Offiziere und Mannschaften sind gar nicht zusammengewachsen, dennoch haben sie sich ganz vortrefflich geschlagen, besser als manche Teile der österreichischen Armee. Es fehlte in Bayern wirklich nichts anderes als die obere Leitung und die Befähigung der höhern Offiziere.»

Es ist das einzige Gespräch Dr. Joachim Heers und Graf Otto von Bismarcks, über das ein so eingehender Bericht vorliegt.

Was Heer in dem wiedergegebenen Teil seines ersten Gesandtschaftsberichtes festhält, ist sehr viel, und doch muß es sich ja dabei um eine eher knappe Zusammenfassung handeln, wenn wir daran denken, daß die Audienz gegen eine Stunde gedauert hat. «Bismarck im Gespräch» bildet eine Abteilung in Bismarcks sogenannten Gesammelten Werken, die die jetzt allmählich abtretende deutsche Historikergeneration herausgegeben hat; «Bismarck als diplomatischer Unterhändler» aber ist schon deshalb in diese Gesprächssammlung nicht aufgenommen, weil dazu eine allzu große Zahl von Archiven hätte durchforscht werden müssen<sup>63</sup>. So mag ein Einzelbei-

<sup>62</sup> An der durch die Punkte markierten Stelle stehen Worte, die mehr über den Minister Heer ausgeben als über die Sache, die uns im Text interessiert: «Dies ungefähr der Inhalt der höchst anziehenden Unterredung; ich denke, es ist genug, wenn ich meinen interlocuteur habe sprechen lassen und meine eigenen Zwischenbemerkungen in der Feder behalte; sie würden, gegenüber dem Angebrachten, wenig Interesse in Anspruch zu nehmen im Falle sein.»

<sup>63</sup> Vgl. *O.v. Bismarck*, Die Gesammelten Werke, 2. Auflage, Bd. 7, Berlin 1924, Einleitung des Herausgebers *Willy Andreas*, S. XVII.



trag wie der vorliegende nicht ganz unwillkommen sein. Ganz ohne Kommentar kann es dabei nicht abgehen.

Wie ist zunächst die erstaunliche Offenheit zu erklären, mit der Bismarck dem ihm bisher ganz unbekanntem Vertreter der kleinen Schweiz begegnete? Entspricht sie einfach der Art, wie sich Bismarck seinem Wesen nach als Gesprächspartner gab? Oder ist doch auch das Vertrauen erweckende Wesen Heers, über den Bismarck zudem durch Herrn von Röder oder auf anderen Wegen informiert gewesen sein dürfte, in Rechnung zu stellen? Oder hat Bismarck durch seine offenen Darlegungen ganz bestimmte politische Ziele verfolgt? Wollte er damit bei der Schweiz etwas erreichen, oder hegte er gar die stille Hoffnung, seine Eröffnungen könnten via Bern im Sinne einer Warnung bis zu den maßgebenden Männern in den Tuileries gelangen? Oder sollte viel eher an eine Unsicherheit zu denken sein, die sich hinter zur Schau getragener Zuversicht verbergen würde?

Ich denke, alle diese Möglichkeiten der Deutung seien ernstlich zu berücksichtigen. Von der großen Offenheit Bismarcks waren auch andere Gesprächspartner Bismarcks überrascht oder gar betroffen, eine «Mischung von Offenheit und Verschlagenheit» glaubte der Herzog von Persigny feststellen zu müssen, mit dem Bismarck wenige Wochen später in Paris ein langes Gespräch führte<sup>64</sup>. Trotzdem mag das Vertrauen erweckende Wesen Heers auch im Spiele sein, wenn sich Bismarck dazu herbeiläßt, so vieles

<sup>64</sup> Gespräch mit dem Herzog von Persigny am 7. 6. 67 in Paris: «Mit dem eigenartigen Gemisch von Offenheit und Verschlagenheit, das mir als hervorstechender Charakterzug von ihm in Erinnerung geblieben war, sagte er mir zuerst, er sei vom Verhalten der französischen Regierung sehr überrascht gewesen» (7, S. 199). Gespräch mit von Bennigsen und Forckenbeck im Dez. 1867: «Seine Urteile über seine Kollegen ... und über die unerträgliche Lage, in der er sich befinde, waren wieder von der unglaublichsten Art» (7, S. 229). Gespräch mit von Kardorff vom 19. 1. 68: «Er sprach in einer Weise offen und rückhaltlos, die reizend war» (7, S. 229). Gespräch mit K. Schurz 28. 1. 68: «In einem vertraulichen, ja, ungenierten Tone.» «Er erzählte mir Anekdoten vom König, die mich in höchstes Erstaunen versetzten, besonders bei dem Gedanken, daß ich den Premierminister des Königs vor mir hatte, dem ich ein vollkommen Fremder war und der nichts von meiner Diskretion und meinem Gefühl von Verantwortlichkeit wußte.» «Mein Erstaunen wuchs von Minute zu Minute über die anscheinend rücksichtslose Offenheit Bismarcks einem ihm Unbekannten gegenüber. Ich hätte mich weniger gewundert, wenn mir, was ich später erfuhr, damals schon bekannt gewesen wäre, daß diese Art der Unterhaltung bei Bismarck gar nicht ungewöhnlich war, und daß der alte König, wenn er davon hörte, nur ruhig lächelte» (7, S. 233/34). Gespräch mit Bluntschli 30. 4. 68: «Er war überaus liebenswürdig und bei seiner staunenswerten Offenheit durchaus behaglich» (7, S. 257). Gespräch mit William Russel vom 23. 7. 70: «Dinge von höchster Wichtigkeit besprach er mit einer rückhaltlosen Offenheit, die für ihn charakteristisch, für einen Zuhörer in meiner Lage aber fast peinlich ist» (7, S. 310). Vgl. aber auch

auszusprechen, wovon im Moment sein Herz voll war. Endlich mochte Bismarck wirklich einiges daran gelegen sein, ernstlich dazu beizutragen, daß in der Schweiz das Bismarck- und Preußenbild, das sich in der Konfliktzeit herausgebildet hatte, abgebaut und durch ein anderes, der Wirklichkeit näher kommendes ersetzt werde. Ob Bismarck gar an ein Durchsickern seiner Eröffnungen bis nach Paris gedacht haben kann, mag der intime Kenner der Seele dieses Staatsmannes entscheiden<sup>65</sup>. Wer die Möglichkeit bejaht, müßte einmal die Relationen des Geschäftsträgers Marquis de Baunevilles aus Bern oder diejenigen Minister Kerns aus Paris daraufhin durchsehen. Auf die Möglichkeit einer nur zur Schau getragenen Zuversicht endlich werden wir aus der Wiener Perspektive durch briefliche Äußerungen des dortigen schweizerischen Geschäftsträgers hingewiesen, auf die am Schlusse zurückzukommen sein wird.

Genauere Untersuchung läßt feststellen, welche Elemente dieser Eröffnungen ähnlich oder abweichend auch in anderen Gesprächen und sonstigen Äußerungen Bismarcks<sup>66</sup>, die bekannt geworden sind, vorkommen, welche bisher singulär sind. Die Parallelen dürfen uns nicht lange aufhalten, das Singuläre verdient doch wohl einige Aufmerksamkeit.

Daß auch für andere die Offenheit zu Bismarcks Charakterbild gehörte, sahen wir bereits, über Bismarcks Gestalt<sup>67</sup> sind von anderen ganz ähnliche (Augsburger) Allgemeine Zeitung vom 24. April 1867 (Pariser Korr. vom 21. April), S. 1866: «Seitdem Graf Bismarck den Ruf genießt, seine tiefsten Gedanken unumwunden zu äußern, werden ihm die abenteuerlichsten Dinge in den Mund gelegt ...»

<sup>65</sup> Auf diese Möglichkeit machte Herr Prof. L. v. Muralt (Zürich) aufmerksam. Die Anregung wurde diskutiert an der Tagung des Historischen Zirkels Basel vom 28. Februar 1959, ohne daß man zu einem bestimmten Ergebnis gekommen wäre. An der Aussprache beteiligten sich außer Herrn v. M. und dem Verfasser die Herren Hermann Boeschstein (Bern) und Wolfram von den Steinen (Basel).

<sup>66</sup> Leicht ist möglich, daß mir etwas entgangen ist. Konsultiert wurde: *Bismarck*, Die gesammelten Werke, zweite Auflage, Band 6, Berlin 1929, hg. von *Friedrich Thimme* (Politische Schriften, d. h. Erlasse, Telegramme, Schreiben, Aufzeichnungen, Immediatberichte usw. vom 16. 6. 66 bis 9. 7. 67), zit.: 6; Band 7, Berlin 1924, hg. von *Willy Andreas* (Gespräche bis zur Aufrichtung des Deutschen Reiches), zit.: 7; Band 10, Berlin 1928, hg. von *Wilhelm Schiöfeler* (Reden 1847–1869), zit.: 10, ferner: Die auswärtige Politik Preußens 1858–1871, Band IX, 1936.

<sup>67</sup> F. Meyer, 11. 8. 67: «Ungleich angenehmeren Eindruck als alle Bilder, die ich bisher von ihm gesehen», «große, imposante Gestalt», «Die Stimme ... hatte ... etwas ungemein Mildes» (7, S. 222). K. Schurz, 28. 1. 68: «Die ganze Gestalt machte einen imponierenden, reckenhaften Eindruck.» «Jene Züge, die offenbar sehr streng blicken konnten, wenn er wollte, waren von einem freundlichen Lächeln erhellt» (7, S. 331). Bluntschli, 30. 4. 68: Reckhaft und fast antediluvianisch (früher), «überaus lebenswürdig» (jetzt), «die Stimme offenbarte auch zarte und sogar weiche Empfindungen» (7, S. 257).

Eindrücke überliefert. Ganz entsprechende Äußerungen liegen auch vor über das nach Bismarcks Auffassung schwache Recht auf Luxemburg<sup>68</sup>, über den in seinen Augen geringen Wert dieser Festung<sup>69</sup> – wenn auch auf dem Höhepunkt der Krise Bismarck, abweichend von vor- und nachherigen Äußerungen, nun plötzlich meint, die Aufgabe von Luxemburg sei eine sehr große Konzession, werde doch dadurch ein Stück aus dem deutschen Verteidigungsdispositiv herausgebrochen<sup>70</sup> –, während über die fortdauernden französischen Rüstungen in den Tagen nach der Londoner Konferenz und deren Auswirkungen bisher nur wenige offizielle Zeugnisse gedruckt vorlagen<sup>71</sup>.

Die Äußerung Bismarcks über seine tiefe Abneigung, Krieg zu führen, wenn es nicht die äußerste Notwendigkeit und die Ehre des Landes erfordern, ist bereits durch Alfred Stern beachtet und exzerpiert worden. Manche parallele Äußerungen liegen vor<sup>72</sup>, aber gerade die Formulierung unseres Berichtes («30000 brave Jungens tot oder zu Krüppeln schießen zu lassen») findet sich in den gleichzeitigen Äußerungen nicht. Gegenteilige

<sup>68</sup> Vgl. Gespräch mit v. Unruh vom 10. 4. 67 (7, S. 192), mit von Keudell vom 24. 4. 67 (7, S. 194).

<sup>69</sup> Vgl. Erlass an Botschafter von der Goltz in Paris vom 6. 4. 67 (6, S. 340), Gespräch mit von Friesen vom 10. 4. 67 (7, S. 189).

<sup>70</sup> Erlaß an Botschafter v. Bernstorff in London vom 3. Mai 1867 (7, S. 378).

<sup>71</sup> Noch am 6. Mai, also während der Londoner Konferenz, hatten die fortdauernden französischen Rüstungen beinahe zur preußischen Mobilmachung und damit zur akuten Kriegsgefahr geführt. Am 16. Mai aber, am Tage vor der Antrittsaudienz Dr. Heers, hatte Bismarck an den Botschafter von der Goltz in Paris gemeldet, wie der preußische Generalstab die fortdauernden französischen Rüstungen ansehe, und er hatte der Hoffnung Ausdruck gegeben, die französischen Minister könnten vertraulich darauf aufmerksam gemacht werden. «Bei der Fortdauer *dieser* Art von Rüstungen», hieß es in dem Erlaß an den Botschafter in Paris, «wird nicht allein eine Beruhigung der Gemüter in Deutschland unmöglich sein und durch die Presse nicht befördert werden können, solange dergleichen Nachrichten eintreffen, sondern wir werden es trotz allen friedlichen Anscheines unserer Sicherheit schuldig werden, Gegenmaßregeln zu treffen, die, wie vorsichtig auch genommen, in beiden Ländern zu einer neuen Aufregung führen werden.» (6, S. 391); ferner: Die auswärtige Politik Preußens 1858–1871, IX, 1936, Nr. 12, S. 13.

<sup>72</sup> Bismarck zu von Keudell, 24. 4. 67 (6, S. 363, innerhalb der Vorbemerkung des Herausgebers). Gespräch mit dem Grafen Bethusy-Huc, Ende März 67 (7, S. 187). Gespräch mit von Keudell, 24. 4. 67: «Man darf nicht Krieg führen, wenn es mit Ehren zu vermeiden ist; die Chance günstigen Erfolges ist keine gerechte Ursache, einen großen Krieg anzufangen» (7, S. 194f.). Gespräch mit dem Obersten von Loe 4. 6. 67 (7, S. 198); Gespräch mit den Lehrern des Werderschen Gymnasiums im Aug. 67: «Mein lieber Professor, ein solcher Krieg hätte uns wenigstens 30000 brave Soldaten gekostet ... Wer aber nur einmal in das brechende Auge eines sterbenden Kriegers auf dem Schlachtfelde geblickt hat, der besinnt sich, bevor er einen Krieg anfängt» (7, S. 219).

Auslassungen, und zwar sehr brutale, die geradezu auf eine Bejahung des Präventivkrieges herauskommen, werden uns erst in den publizierten Akten der siebziger Jahre begegnen<sup>73</sup>.

Daß der norddeutsche Staatsmann die Uniform trägt, stach wohl von den in Westeuropa im Laufe des letzten Menschenalters in Aufnahme gekommenen Gebräuchen ab, entsprach aber dem Landesbrauch. Es ist denn auch im Jahre 1867 gar nicht, 1868 nur von wenigen Besuchern notiert worden<sup>74</sup>. Dem schweizerischen Gesandten mußte es auffallen, wie es in der schweizerischen Presse auch als etwas Besonderes registriert worden war, daß der neue preußische Gesandte, der Ende April in Bern eingetroffen war, seine Antrittsvisite in voller Generalsuniform absolvierte<sup>75</sup>.

Abgesehen von den rein schweizerischen Teilen der Audienz mögen zwei Elemente als besonders merkwürdig hervorstechen. In keiner Äußerung, die, soweit ich sehe, durch den Druck bekannt geworden wäre, äußert sich Bismarck mit so reichen Zahlenangaben über die militärischen Machtverhältnisse und über die politisch-strategische Lage Deutschlands und Frankreichs<sup>76</sup>. Und: In den für die Öffentlichkeit bestimmten Äußerungen aus den siebziger Jahren wird es von dem geeinigten Deutschland, wie wir alle wissen, heißen, es sei «saturiert» und deshalb zum Frieden geneigt.

<sup>73</sup> Die Große Politik der europäischen Kabinette I (Der Frankfurter Friede und seine Nachwirkungen 1871–77), Berlin 1922, S. 73, 221 (vgl. aber auch S. 235). Vgl. hiezu *K.-E. Jeismann*, Das Problem des Präventivkriegs im europäischen Staatensystem mit besonderem Blick auf die Bismarckzeit, Freiburg/München 1957, S. 87 (über die Kriegsfrage in der Luxemburger Krise: S. 61 ff.).

<sup>74</sup> K. Schurz, 28. 1. 68: «Er trug die Interimsuniform eines Generals» (7, S. 231); J. v. Eckardt, 2. 2. 68: «... der den bekannten dunkelblauen Uniformrock trug» (7, S. 243); Julius Fröbel, März 1869: «in Uniform und mit Ordenskreuz am Halse» (7, S. 287); Dr. Hans Blum, 24. 4. 69, macht Bemerkungen über das ordonnanzwidrige Tragen der Uniform (7, S. 288); G. Bancroft (amerikan. Gesandter), 7. 6. 69 (er hat ihn beim Reiten im Tiergarten eingeholt): «Es war Bismarck, den ich hier zum erstenmal nicht in Uniform sah, er trug einen weichen Schlapphut und einen einfachen bürgerlichen Rock ...» (7, S. 295); Dr. Moritz Busch, 24. 2. 70: «Jetzt stand ich vor ihm, der in militärischer Uniform an seinem Arbeitstische saß» (7, S. 305).

<sup>75</sup> Vgl. (Augsburger) Allgemeine Zeitung vom 2. Mai 1867, S. 1996 (Berner Korr. vom 29. April).

<sup>76</sup> Keine der bisher bekannt gewordenen Äußerungen Bismarcks aus dieser Zeit ist annähernd so reich an substantziellen Mitteilungen über die militärischen Kräfteverhältnisse wie die Eröffnungen an Dr. J. Heer. Im einzelnen finden sich übereinstimmende oder annähernd übereinstimmende spezielle Angaben, doch weit weniger reichhaltig, in einzelnen Gesprächen des Jahres 1868, so mit Bluntschli, am 30. 4. 68 (7, S. 254), mit Hohenlohe am 24. 5. 68 (a.a.O., S. 263). Ähnlich ausführlich mag er sich Hohenlohe gegenüber am 23. 6. 69 geäußert haben (7, S. 298). Aber Hohenlohe gibt den Passus nicht materiell wieder, sondern sagt, nachdem bemerkt ist, daß ein künftiger Krieg nach

Diese Ausdrucksweise finden wir in unserem Bericht in der deutschen Form von «satt». Ich habe weder «satt» noch «saturiert» in irgendeiner zeitgenössischen Äußerung gefunden, vielleicht bedient sich Bismarck dieser wohl auf Metternich zurückgehenden Ausdrucksweise<sup>77</sup>, die doch wohl auf ein Bild aus naturalen Bereichen zurückgeht, in dieser Audienz überhaupt zum ersten Male.

Die Heersche Familientradition will wissen, Bismarck habe von Heer gesagt: «Dieser Schweizer hat einen harten Kopf<sup>78</sup>.» Dieser Ausspruch müßte im Laufe der Handelsvertragsunterhandlungen von 1868 gefallen sein, in der Audienz vom 17. Mai 1867 standen sich zwei Männer gegenüber, die einander zu informieren, aber nichts voneinander zu fordern hatten. Wenn Heer in den kurzen Wochen seines ersten Berliner Aufenthaltes Bismarck nicht mehr anders als an gesellschaftlichen Anlässen, über die keine Aufzeichnungen vorliegen, begegnet ist, so hat er doch noch manches über ihn gehört, was sein Urteil über ihn noch nüancierter machte. «Bismarck hat letzter Tage zu einem süddeutschen Diplomaten gesagt», schreibt Heer in seinem 4. Bericht vom 28. Mai, «wenn ein deutscher Staat komme und sich dem Nordbunde zugesellen wolle, so dürfe man natürlich nicht wohl Nein sagen; aber zur Zeit *wünsche* er nicht, daß es geschehe. Ich begreife diese Sprache, denn im Nordbunde selber ist es für einmal noch eine sehr schwere Aufgabe, die Dinge zu festem Halt zu bringen und einen innern Kitt von nachhaltiger Kraft herzustellen. Graf Bismarck zeigt überhaupt, wie mir scheint, in seinem Wesen die Vereinigung zweier Eigenschaften, die sonst selten beieinander sind: große Kühnheit in der Konzeption und außerordentliche Vorsicht bei der Durchführung seiner Ideen. Es interessierte mich, gestern von Philippsborn zu hören, daß Bismarck ein leidenschaftlicher Verehrer von Shakespeare sei: seine Mußestunden gehören fast ausschließlich der Lektüre dieses Dichters, anderes lese er äußerst wenig<sup>79</sup>.» Wir erinnern uns ferner an das recht Bezeichnende, das der Bericht über die B.s Ansicht siegreich ausfallen werde, nur: «Er führte das durch Aufzählung der preußischen Truppen und durch Vergleichung mit den Franzosen weitläufig aus.»

<sup>77</sup> Vgl. *Leonbard von Muralt*, Bismarcks Verantwortlichkeit, Göttingen 1955, S. 151 (*Bismarck*, Die gesammelten Werke, I, S. 428; der Ausspruch Metternichs, in dem «saturiert» vorkommt, ist in einem Privatschreiben Bismarcks von 1854 überliefert. Man gewinnt allerdings keine volle Sicherheit darüber, ob auch der Ausdruck wirklich auf Metternich zurückgeht.)

<sup>78</sup> Ich verdanke die Kenntnis dieses angeblichen Diktums Frau A. H. Mercier-Jenny in Glarus († 1952), der Witwe Ständerat Dr. Joachim Merciers, eines Enkels von Joachim Heer.

<sup>79</sup> Der Bismarck-Kenner müßte uns sagen, ob diese Information Heers gegründet sei. Folgende Stellen, die eher entlegene Zitate aus dem Dichter bringen, scheinen dafür zu sprechen, daß B. diesen in der Tat überdurchschnittlich gut kannte: 7, S. 266, 310. Aber: Ständige Lektüre gerade in jenen überbefrachteten Monaten?



Sonderaudienz in der kritischen Schlußphase der Handelsvertragsunterhandlungen von 1868 aufbewahrt hat. Eine knappe Notiz macht – nicht ganz ohne leise Ironie, so scheint uns – Meldung von einem großen Ball, angeblich tausend bis zwölfhundert Eingeladene, den Graf Bismarck am 20. Gedenktage der Barrikaden von 1848 gebe, an dem er, Heer, auch teilnehmen werde. Er versieht den Satz mit einem Ausrufszeichen und fügt bei: «Tempora mutantur»<sup>80</sup>. An der Abschiedsaudienz vom 26. April 1868 endlich sprachen sich nach Heers Bericht «König, Königin und Graf Bismarck in äußerst *friedenszuversichtlicher* Weise aus. Bismarck machte die auffallende Bemerkung, es gehe aus ganz zuverlässigen Berichten hervor, daß man in Frankreich daran denke, das Chassepot-Gewehr wieder aufzugeben, es habe sich bei Mentana als viel zu kompliziert erwiesen und die häufigen Störungen am Mechanismus können von der Mannschaft selbst nicht beseitigt werden, sondern machen jedesmal die Hülfe des Büchsenmachers nötig. Der König fügte bei: Wir wünschen Ihnen in der Schweiz die beste Waffe von der Welt, sehen Sie nur zu, daß Ihr neues Gewehr nicht auch an dem gerügten Mangel des Chassepot leidet!»<sup>81</sup>»

Auf der an die ersten Audienzen von Mitte Mai 1867 anschließenden «Visitenrundfahrt bei den Ministern und beim diplomatischen Korps» wie bei den entsprechenden Besuchen in Süddeutschland versuchte Heer natürlich überall, die sachlichen Anliegen der Schweiz zu fördern. Interessanter ist doch, was er dabei über die Deutsche Frage und ab und zu auch über die internationale Lage erfuhr. Wir berücksichtigen in unserer Berichterstattung ebensowohl die Personen wie die Sachen, versuchen aber, sachlich Zusammengehöriges da und dort etwas zusammenzurücken. Wir verzichten dabei auf eine durchgehende Kommentierung, wie wir sie der Bismarck-Audienz schuldig zu sein glaubten.

Von den Berliner Visiten erwähnen wir einzig diejenige bei dem französischen Botschafter Bénédicti. «Bénédicti sagte», schreibt Heer, «als ich ihm meine Aufwartung machte, es sei lächerlich, wenn die Preußen fortwährend über französische Rüstungen schreien; was Frankreich in dieser Beziehung tue (also etwas geschieht doch!), sei nur von dem Wunsche eingegeben, *einigermaßen* das Gleichgewicht gegen die preußische Kriegsbereitschaft herzustellen. La campagne de 1866 était une révélation: Jedermann kannte die preußische Heeresorganisation, aber niemand glaubte daran, daß in diesem Staate ein so furchtbares Maß von Kraft, Elastizität und Bereitschaft vorhanden wäre. Nach dieser Révélation sei es doch gewiß begreiflich, wenn Frankreich die Hände nicht in den Schoß lege»<sup>82</sup>.

<sup>80</sup> Heer an Dubs, 18. März 1868, Postskriptum (privat).

<sup>81</sup> Dr. Heer an den schweizerischen Bundespräsidenten, Berlin 16. April 1868.

<sup>82</sup> Bericht vom 22. Mai 1867 (Nr. 3).

Die *süddeutschen Verhältnisse*, denen wir uns nun zuwenden, waren in jenem Zeitpunkte noch durchaus in der Schwebe. Gerade das gibt den mannigfachen Stimmen, die uns Heer vernehmen läßt, ihren Reiz. Für den Kriegsfall waren der Norddeutsche Bund und die süddeutschen Staaten geeint durch die Schutz- und Trutzbündnisse, die im Anschluß an den Präliminarfrieden von Nikolsburg im Spätsommer 1866 abgeschlossen worden waren. Bismarck hatte diese Geheimbündnisse durch unmißverständliche Andeutungen in den Sitzungen des norddeutschen Reichstages von Ende März 1867 publik gemacht. Weiterhin war Bismarck fest entschlossen, die deutsche Zollunion, die seit dem Deutschen Kriege in der Luft hing, in der Weise wiederherzustellen und zu konsolidieren, daß das deutsche Zollgebiet im Zollparlament, das ist dem norddeutschen Reichstage, dem nach norddeutschem Wahlrecht gewählte süddeutsche Vertreter beigegeben wären, ein selbständiges Beratungs- und Beschlußfassungsorgan besäße, dergestalt, daß zum Beispiel die Ratifikationen von Handelsverträgen durch die einzelstaatlichen Parlamente in Wegfall kämen. Ebenso stand eine Postunion in Sicht. Eine in Berlin versammelte Konferenz legte sich am 8. Juli 1867 einigermaßen auf diese Projekte fest. Noch aber waren sie durch die süddeutschen Regierungen zu begutachten, durch die süddeutschen Parlamente zu ratifizieren, am 1. Januar 1868 sollten sie in Kraft treten. Noch standen dann die Wahlen zum Zollparlament bevor, erst für den Mai war sein erstes Zusammentreten vorgesehen. Von einem politischen Zusammenschluß von Nord und Süd war offiziell überhaupt noch nicht die Rede<sup>83</sup>.

«Bemühend ist die Wahrnehmung», schreibt Heer im Anschluß an die Informationen, die ihm Herr von Philippsborn in Berlin über die preußischen Zollvereinspläne gegeben hatte, «wie unter den Süddeutschen selbst jede Übereinstimmung der Ansichten mangelt, ja, wie mißtrauisch und feindselig sie sich gegenüberstehen. Baden und Hessen träten wohl am liebsten nude crude dem Norddeutschen Bunde bei; sie haben Glauben und Vertrauen auf eine selbständige staatliche Existenz verloren, und dafür ernten sie nun geradezu die Verachtung der größeren Schicksalsgenossen; der württembergische Gesandte sagte mir dieser Tage, mit den Badensern könne doch ein honetter Mensch nicht mehr gehen, sie liegen ja permanent auf den Knien und flehen Preußen an: ums Himmels willen, so friß uns doch!<sup>84</sup>» (Entre parenthèses: Wer dünkte da nicht an die bekannte Formulierung Jacob Burckhardts in dem Briefe an Salomon Vögelin vom Montag nach dem Betttag 1866: «Ernster als dieses ist das völlige Verzweifeln an allem

<sup>83</sup> Vgl. auch *Wilhelm Schißler*, Bismarcks Kampf um Süddeutschland 1867, Berlin 1929.

<sup>84</sup> Bericht vom 28. Mai 1867 (Nr. 4).

Kleinen, welches um sich greift; wer nicht zu einem Dreißigmillionenvolk gehört, der schreit: Hilf, Herr, wir versinken!<sup>85</sup>)

Verschieden erscheint der bayerische Ministerpräsident Fürst Chlodwig Hohenlohe-Schillingsfürst im Berliner Spiegel und aus der persönlichen Nähe in München<sup>86</sup>. «Bayern steift sich auf seine fünf Millionen Seelen und will möglichst wenige Konzessionen machen», lesen wir in dem schon zitierten Schreiben vom 28. Mai, «der Fürst Hohenlohe, übrigens ein nicht sehr bedeutender und in den Geschäften wenig bewandeter Mann, habe eine äußerst schwere Stellung den Ultramontanen und einer mächtigen Hofpartei gegenüber und darf also wahrscheinlich kaum wagen, dasjenige durchzuführen, was er vielleicht im Innern wünschen mag.» Am 3. Juli nun empfing Hohenlohe Heer in München in Audienz. «Der Empfang», wir folgen wiederum einer Heerschen Relation<sup>87</sup>, «war überaus liebenswürdig ... Der Fürst Hohenlohe, ein Mann in mittleren Jahren, eher klein als groß, hat sehr einfache und angenehme Manieren. Man sieht wohl, daß er nicht ein Bürokrat, sondern ein Mann der guten Gesellschaft ist. In seiner Ausdrucksweise hat er fast etwas Befangenes, jedenfalls sehr Bescheidenes und vielleicht Zurückhaltendes. Ich meine, es spiegelt sich darin das Gefühl und Bewußtsein der schwierigen, vielfach und feindselig bedrohten Stellung, in der er als ‚Preußenfreund‘ hier in München sich befindet. Übrigens gab mir unser Gespräch die Überzeugung, daß diese ‚Preußenfreundlichkeit‘ doch auch nur relativ zu verstehen ist: Der Fürst ist einsichtig genug, um zu begreifen, daß Bayern rebus sic stantibus keine andere Wahl hat, als in den meisten Dingen mit Preußen zu gehen; aber weiter dürfte seine ‚Preußenfreundlichkeit‘ schwerlich reichen. In Betreff der Rekonstruktion des Zollvereins bemerkte er mit einiger Bitterkeit, man habe ihn auf den 4. Juni nach Berlin kommen lassen, ohne daß er den preußischen Entwurf, abgesehen von einigen Hauptpunkten, auch nur gekannt habe, aber Bismarck liebe solche Überraschungen. Die Eröffnung frappierte mich, weil ich weiß, daß Varnbüler zum voraus über alles genau unterrichtet war. Vermutlich liegt die Lösung des Rätsels darin, daß der württembergische Gesandte, von Spitzenberg, ein intelligenter und tätiger, zugleich mit Bismarck persönlich befreundeter Mann, sich rechtzeitig umtat, während der bayerische Gesandte, ein blasierter, durchaus unbedeutender und leerer Edelmann,

<sup>85</sup> *Jacob Burckhardt*, Briefe. Hg. von *F. Kaphahn*, Leipzig 1935, S. 290.

<sup>86</sup> Chlodwig Fürst zu Hohenlohe-Schillingsfürst (1819–1901) war vom 31. Dez. 1866 bis zum 7. März 1870 der Leiter der bayerischen Politik, später deutscher Botschafter in Paris und Statthalter von Elsaß-Lothringen, 1894–1900 Reichskanzler. Seine Denkwürdigkeiten, hg. von *Friedrich Curtius*, erschienen in zwei Bänden im Jahre 1906. Vgl. auch *Friedrich Curtius*, Fürst Chlodwig zu Hohenlohe-Schillingsfürst, Stuttgart und Berlin 1919.

<sup>87</sup> Heer an den Bundespräsidenten, München 4. Juli 1867, Nr. 9.

sich um nichts bekümmerte und daher auch seine Regierung nicht informieren konnte. Schwer wäre es sicherlich nicht gewesen, sich das ganze preußische Projekt lange vor dem 4. Juni zu verschaffen, denn die Preußen hielten damit gar nicht hinter dem Berge (vgl. meine Depesche Nr. 4 vom 28. Mai). Als Hohenlohe, ohne positiv zugestimmt zu haben, am 6. Juni nach München zurückgekehrt sei, habe es freilich zuerst lange Gesichter gegeben. Er habe indessen, von der Notwendigkeit des Beitritts überzeugt, erklärt, daß er sehr gerne zurücktreten werde, wenn sich jemand finde, der die Verantwortlichkeit übernehmen wolle, auf der Basis der Sezession Bayerns vom Zollverein Minister zu werden. Es habe sich aber niemand gefunden und alle ernsthaften und verständigen Männer haben sich überzeugen lassen, daß eben nichts andres übrig bleibe, als sich zu fügen. Einige hiesige Lokalblätter, zum Beispiel der Punsch, mißhandeln den Fürsten wegen dieser Nachgiebigkeit aufs unglaublichste, und ich begriff daher vollständig die fast elegische Stimmung, in welcher er seine Mitteilungen machte. – Eine sehr feine und, wie ich glaube, treffende Bemerkung des Ministers war die, daß die *politische* Ausscheidung Österreichs aus Deutschland im Grunde von dem Augenblicke an nur noch eine Frage der Zeit war, wo es sich, in den dreißiger Jahren, durch Fernhalten vom Zollverein von dem *wirtschaftlichen* Leben Deutschlands absonderte.»

Herr von Brück, der Generaldirektor der bayerischen Verkehrsanstalten, den Heer in München auch aufsuchte, war der Ansicht, Preußen werde eine Zentralisierung des deutschen Postwesens, wenn es das ernstlich verfolge, erreichen dank der Unentschlossenheit, Mutlosigkeit und Zwiespältigkeit der Süddeutschen, denen man nicht verfehlen werde, auch materiell bange zu machen. «Herr von Brück verhehlte seinen Unmut darüber nicht, gedachte mit Schmerz der schönen Zeiten vor 1851, wo die Mittelstaaten alles, was sie wollten, erreichten, indem sie den Preußen sagten, wenn sie nicht zustimmen, so werde man mit Österreich allein abschließen, und hinwieder die Österreicher mit dem Schreckbild einer einseitigen Post-Allianz mit Preußen in die Enge trieben, und legte über seine Unzufriedenheit mit der schlappen Nachgiebigkeit seiner gegenwärtigen Regierung nur einen sehr durchsichtigen Schleier.» In Karlsruhe aber, wohin, wie wir gesehen haben, Heer direkt von München fuhr, sollte es nun geradezu entgegengesetzt klingen. Mathy meinte, das einzig Vernünftige, was der Idee des Bundesstaates entspräche, wäre ein Postbund mit preußischer Spitze.

Mit dem badischen Ministerpräsidenten Mathy, einem alten liberalen Einheitsfreund und noch älteren Emigranten in der Schweiz<sup>88</sup>, hatte Heer «eine lange und sehr interessante Unterredung». Von irgendwelchen An-

<sup>88</sup> G. Freytag hat Karl Mathy, der von 1807–1868 lebte, eine damals vielgelesene, lebendige Biographie gewidmet (*Gustav Freytag, Karl Mathy. Geschichte seines Lebens.*

spielungen Mathys auf seine Schweizer Zeit lesen wir indes in Heers Bericht gar nichts. Mathy sprach einzig als badisch-deutscher Staatsmann. Er bestätigte Heer in jeder Hinsicht, was er früher über Baden gehört hatte. «Mathy bekennt sich», so formuliert Heer, «ganz offen zu der Ansicht, daß die Zeit der kleinen Monarchien vorüber sei und daß es für die Fürsten dieser Staaten das beste sein werde, mit Gelegenheit sich zurückzuziehen und ein schönes Privatleben als große Gutsbesitzer, vielleicht als deutsche Peers, zu führen. Der Großherzog sei durch die Ereignisse des letzten Jahres sehr erschüttert worden und habe die Lust am selbsttätigen Eingreifen in die Staatsgeschäfte verloren, er lasse jetzt so ziemlich die Minister machen.» Diese Charakterisierung Großherzog Friedrichs I. von Baden mag für die Zeit unmittelbar nach dem Deutschen Kriege zutreffen, in dem Moment, wo sie ausgesprochen wurde, bereits nicht mehr recht. Aber es war wohl eine mehr persönliche Politik, für die er auch ihm persönlich verantwortliche Mitarbeiter wie den Staatsrat Gelzer einsetzte<sup>89</sup>. Doch kehren wir zu den Eröffnungen Mathys zurück: «Was die allgemeinen politischen Verhältnisse Deutschlands anbelangt», so referiert Heer weiter, «so ist die gegenwärtige Regierung Badens zu jedem Opfer an die Gemeinsamkeit bereit und eigentlich ungeduldig, so bald möglich in ein engeres Verhältnis zum Nordbunde zu gelangen. Mathy bestätigt aber, was ich Ihnen schon früher aus anderer Quelle gemeldet, daß Preußen gar nicht drängt, sondern im Gegenteil zurückhält.» Mathy unterhielt Heer auch über seine finanzpolitischen Ansichten, die dieser als «merkwürdig» bezeichnet. Als sichere Einnahmequelle aller deutschen Staaten und ebenso «unzerreißbares Band» wie den Zollverein sah er die Tabakregie an, ein einigendes politisches Band sah er auch in der Kontrahierung einer Bundesschuld. Ausführlich informierte Mathy Heer über Badens Einstellung zu den Baden und die Schweiz gemeinsam interessierenden Eisenbahnfragen. Heer konnte bemerken, daß Mathy die Geschichte der sogenannten Seetalbahn (das heißt der linksufrigen Bodenseebahn von Romanshorn nach Konstanz) bis in jedes Detail kenne. Auch die Alpenbahnfrage wurde in dem Gespräche berührt. «Mathy sagte mir», schreibt Heer, «es werde zur Stunde für den Lukmanier wieder eifrig gearbeitet, allein die Sache werde wohl in der nächsten Zukunft keine Siebenmeilenstiefelschritte machen. Italien sei von in-

Leipzig 1870, 420 S.). – Die Mitteilungen über Mathys und Varnbülers Ansichten finden sich in Heers 11. Bericht vom 20. Juli 1867 aus Stuttgart.

<sup>89</sup> Vgl. die Aktenpublikation: Großherzog Friedrich I. von Baden und die deutsche Politik von 1854 bis 1871. Briefwechsel, Denkschriften, Tagebücher. Hg. von *Hermann Oncken* (Deutsche Geschichtsquellen des 19. Jahrhunderts, Bd. 22 und 23); *Eduard Vischer*, Die deutsche Reichsgründung von 1871 im Urteil schweizerischer Zeitgenossen, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte I, 1951.



ternen Fragen zu sehr in Anspruch genommen und finanziell zerrüttet. Auch habe seine Stellung durch die Erwerbung von Venetien sich erheblich verändert. Für seine Verkehrs-Interessen sei durch Mont Cenis und Brenner eigentlich ausreichend gesorgt und es bleibe für die dritte Linie (durch die Schweiz) nur noch ein politisches Interesse: Italien habe zwei böse Nachbarn – Österreich und Frankreich; mit den einzigen guten – Schweiz und Deutschland – würde es dagegen durch die schweizerische Alpenbahn in Verbindung treten.»

Eingehend hatte Heer über die Neuregelung der deutschen Postverhältnisse zu berichten, wobei Mathy nur eine Referenz neben anderen bildete. Für Heer und seine Auftraggeber waren diese Informationen wichtig wegen der bevorstehenden deutsch-schweizerischen Postverhandlungen, wichtig auch, weil man vermutete, auch die bescheidene postalische Union werde zu einem Vehikel mehr auf dem Wege zur deutschen Einigung benutzt werden. Die Nachlebenden können sie doch nicht mehr allzusehr interessieren. Wie man in München die Sache ansah, haben wir bereits vernommen; daß Mathy einen Postbund mit preußischer Spitze als Pendant zum Bundesstaat erstrebte, ebenfalls. Er sollte ganz wie der Zollverein eingerichtet sein, mit Gesetzgebung durch den erweiterten Reichstag. «Baden sei jeden Augenblick bereit», so hörte nun Heer von Mathy weiter, «sein ganzes Postwesen vorbehaltlos in diese Gemeinschaft einzuwerfen, aber in Berlin, wo er genau nachgeforscht, wisse man gar nicht, was man wolle. Die Frage sei noch gar nicht von staatsmännischen Augen angesehen worden, wollte sich Bismarck eine einzige Stunde damit beschäftigen, so würde er sofort sehen, was not tue, so aber sei die Sache bis jetzt bloß in den Händen der Fachleute geblieben und diese nergelten, wie gewohnt, am Detail herum, ohne die großen und dominierenden Gesichtspunkte zu würdigen. Die Konferenzen auf den 8. Juli seien durchaus ohne festes Programm einberufen worden, man habe gehofft, die andern werden ein solches bringen und dergleichen mehr.» Auch auf die württembergischen Gesichtspunkte wurde Heer in Karlsruhe vorbereitet. «In Betreff Württembergs bemerkte er [Mathy] spöttisch», lesen wir bei Heer noch, «man habe den König in Paris sehr schön enguirlandiert und er zweifle gar nicht daran, daß die Zeitungsnotiz wahr sei, wonach derselbe gesagt haben soll, die Zolleinigung sei die letzte Konzession, die er den Preußen gemacht habe. Als ob das eine Konzession an Preußen wäre, was alle Einsichtigen, die den Zollverein entwicklungs- und lebensfähig sehen wollen, seit mehr als einem Jahrzehend für unerläßlich gehalten und erstrebt hätten! Varnbüler werde dem König den Kopf aber schon wieder zurechtsetzen, er habe einen unbedingten Einfluß auf ihn und wandle jetzt ganz energisch in den neuen Bahnen, wozu wohl beitragen möge, daß er eine

gewisse junkerhafte Wahlverwandtschaft mit Graf Bismarck in sich verspüre.» Die nun folgenden Stuttgarter Besprechungen mit Herrn von Varnbüler aber sollten Heer zeigen, daß die Sache an Ort und Stelle doch etwas anders aussah als in der karlsruhischen Beleuchtung. «Der Minister», schreibt Heer, «der neben dem Auswärtigen auch die Verkehrsanstalten unter sich hat und mit besonderer Vorliebe dirigiert, erklärte, daß er zwar ganz Genaueres und Positives nicht wisse, daß er aber glaube, es gebe in Berlin postalische Autoritäten, welche auf einen straffen, organisierten Postbund, mit Ausschluß Österreichs, drängen, daß dagegen in den höhern politischen Kreisen diese Tendenz gar nicht geteilt werde, daß aber, mögen die Absichten und Wünsche Preußens sein, welche sie wollen, Württemberg durchaus seine Posten nicht abtreten und in dieser Frage ebenso bestimmt Front *gegen* Preußen machen würde, wie es in der Zollsache (deren Regelung durchaus mein Werk ist, fügte er bei) *zu* Preußen gestanden ist. – Nicht ohne Interesse war mir, von Herrn von Varnbüler zu vernehmen, daß die Franzosen sich ungemein um diese postalische Angelegenheit bekümmern. Wo mich einer auf der Straße erwischt, fragt er gleich: eh bien, où en êtes-vous avec vos conférences postales? comment cela finira-t-il, etc.? Es scheint, daß Frankreich also eben auch den preußisch-deutschen Postbund als neues Machtelement Preußens und neuen Schritt zur Herstellung des eigentlichen deutschen Bundesstaates besorglich voraussieht.»

Heer gab «diese verworrenen und verwirrenden Aussprüche der verschiedenen Leute», mit denen er gesprochen, an den Bundesrat im Sinne von Materialien weiter, ihm ganz überlassend, die richtigen Konklusionen daraus zu ziehen. «Mir persönlich scheint», so lautet Heers abschließender Kommentar, «daß Preußen allerdings den *Wunsch* nach einem engern Postbund mit zollvereinsähnlicher Organisation hegt, ja, sage ich, hegen muß und daß, wenn es diesen Wunsch in einen positiven *Plan* mit fester Absicht, das Ziel zu erreichen, umsetzt, der Erfolg ihm auch nicht fehlen wird, trotz den tapfern Worten des Herrn von Varnbüler. Aber ganz unsicher bin ich über den Punkt, *ob* Preußen die Sache mit festem Entschlusse in die Hand nehmen wird, mit andern Worten, ob man die Sache für wichtig genug erachtet, um Österreich und Frankreich zum Trotze und unter erklärtem Widerstreben wenigstens einzelner süddeutscher Staaten einen Schritt vorwärts zu tun. Die Antwort wird natürlich wesentlich von der Gestaltung der allgemeinen politischen Lage abhängen, beziehungsweise von den Ansichten, die sich über dieselbe die preußische Regierung gebildet hat. Die nächste Zukunft muß darüber Aufschluß erteilen.»

Einen neuen, stärker persönlichen Ton bringt endlich in all diese mehr oder weniger trockenen Informationen hinein Heers Erzählung über seine

Audienz bei König Karl I. von Württemberg in Friedrichshafen<sup>90</sup>. «Der König empfing mich auf das freundlichste», schreibt Heer<sup>91</sup>, «und sprach seinen Wunsch, mit der Schweiz in bester Nachbarschaft zu leben, wiederholt und in herzlichster Weise aus. Er schien mir weit weniger befangen, freier und ungezwungener als vor zwei Jahren, wo ich ihm zuerst vorgestellt worden war, und machte daher auch dieses Mal einen entschieden günstigeren Eindruck auf mich als damals<sup>92</sup>. Es mag dazu beitragen, daß er nun seit längerer Zeit den obersten Platz im Staate einnimmt und sich an denselben mehr gewöhnt hat, als es zuerst der Fall war, wo ihn der Tod des Vaters plötzlich aus der Stellung eines überall sehr zurückgesetzten Kronprinzen auf den Thron mit allen seinen Repräsentationspflichten berief. Der König war übrigens auch besonders *heiterer* Laune und namentlich bei der Tafel, die sich unmittelbar an die Audienz anschloß, entwickelte er einen guten Humor, den ich ihm wenigstens vor zwei Jahren gar nicht zugetraut hätte. Täusche ich mich, wenn ich annehme, daß – nach den bitteren Erfahrungen des Vorjahres – die ausgezeichnete Aufnahme, welche dem Manne in Paris kürzlich zu Teil geworden, günstig auf seine Stimmung eingewirkt haben mag? Jedenfalls spricht er sehr gerne von dieser Pariser Reise, und fast glaube ich, daß dieselbe auch in politischer Beziehung nicht ganz spurlos an dem Monarchen vorübergegangen ist. Er sprach mit einem gewissen Akzente davon, daß er die Zollunion mit Preußen eingegangen habe, weil er glaube, das sei nötig gewesen, daß er überhaupt mit Preußen gerne gehen wolle, aber daß er sich an seiner Würde nichts vergeben werde und ein unabhängiger Fürst bleiben wolle. Seine Truppen dem preußischen Oberbefehl unterzuordnen, habe ihm kein Opfer gekostet; auch bei den frühern Zuständen hätte im Fall eines Bundeskrieges ein Oberfeldherr ernannt werden müssen und nach Lage der Sachen hätte das Österreich oder Preußen sein können; da nun Österreich ‚für den Augenblick‘ von Deutschland abgetrennt sei, so sei es ganz natürlich, daß Preußen im Kriege führe. Aber von der preußischen Wehrverfassung wolle er nichts wissen und preußische Besatzungen wolle er auch keine im Lande haben. Die allgemeine Wehrpflicht sei schon recht, aber er werde nicht alle Pflichtigen durch die Linie passieren lassen, sondern Linie und Landwehr parallel laufen lassen, so daß die einen durchs Los zum Dienst in der Linie berufen, die andern sofort der Landwehr einverleibt werden. Mit einer eigentümlichen Heftigkeit sprach er seinen Widerwillen gegen ‚Jugendwehren‘ aus: das sei ein eitles ‚Soldat-

<sup>90</sup> König Karl I. von Württemberg lebte von 1823–1891. Er war 1864 auf den Thron gekommen.

<sup>91</sup> 12. Bericht Heers vom 25. Juli 1867 (bereits aus Bern datiert).

<sup>92</sup> Anlässlich der langwierigen Handelsvertragsunterhandlungen, bei denen Landammann Heer zusammen mit Ständerat A. Stähelin-Brunner aus Basel die Schweiz vertrat.

lesspielen‘, bei dem nichts herauskomme, zumal für Disziplin zu wenig oder nichts geschehe. Er lasse sie gewähren, weil die Leute einmal Freude daran haben und er ihnen dieselbe nicht stören möge, aber lieber sähe er, sie gingen alle ein.»

So viel glaubten wir den Gesandtschaftsberichten Dr. J. Heers entheben zu sollen. Wir haben nicht untersuchen können, ob und inwiefern er die Dinge richtig wiedergibt, die er wahrgenommen hat. Daß er uns den Eindruck eines guten, besonnenen und urteilsfähigen Beobachters gemacht hat, wollen wir auch ohne nähere Untersuchung nicht verhehlen. Mit den «Zwischenbemerkungen»<sup>93</sup>, die er da, wo es ihm nötig schien, machte, hat er dem Bundesrat gegenüber in seinen Berichten keinen Staat gemacht; er hat sie nur mit größter Zurückhaltung einfließen lassen. Vermeidet so Minister Heer in seinen Gesandtschaftsberichten direkte Urteile, so weist doch alles darauf hin, daß er von dem ihm in Berlin zuteilgewordenen Empfang befriedigt war, daß er sich ohne Hintergedanken auf den Boden der Tatsachen stellte und einfach das Beste für sein Vaterland herauszuholen suchte. Daß man schon damals die Dinge auch anders sehen konnte, habe ich bei früherer Gelegenheit darzutun versucht<sup>94</sup> und hat uns eben der Hinweis auf Heers Sicht aus dem Jahre 1862 gezeigt. Es scheint uns sinnvoll, mit den Heerschen Relationen die Briefe eines anderen schweizerischen Diplomaten, der aus anderer Sicht ohne Reserve urteilt, zu konfrontieren. Die Urteile der Presse sind in den letzten Jahren ja gesammelt und verarbeitet worden. Mit den Urteilen schweizerischer Diplomaten betreten wir Neuland.

Wie einzelnen Notizen im Gesandtschaftsdossier Heer im Bundesarchiv zu entnehmen ist, kam es vor, daß Gesandtschaftsberichte den übrigen drei diplomatischen Vertretungen in Abschrift konfidentiell zugestellt wurden<sup>95</sup>. Von der Reaktion Piodas in Florenz und Dr. Kerns in Paris wissen wir bis jetzt nichts, diejenige Dr. Johann Jakob von Tschudis<sup>96</sup>, des schweizerischen Geschäftsträgers in Wien, liegt uns in seinen privaten Briefen an Dr. J.

<sup>93</sup> Vgl. Anm. 62.

<sup>94</sup> *Eduard Vischer*, Die deutsche Reichsgründung von 1871 im Urteil schweizerischer Zeitgenossen, in: Schweizerische Zeitschrift für Geschichte, 1, 1951, S. 452 ff.

<sup>95</sup> Auf Vorschlag des Vorstehers des Politischen Departements wurde in der Bundesratssitzung vom 22. Mai 1867 beschlossen, Heers 1. Bericht vom 17. Mai 1867 «aux trois autres représentations suisses» mitzuteilen. Vgl. Empfängervermerke auf S. 1 und 4 dieses Berichtes. – Ob auch mit späteren Berichten so verfahren worden ist, könnte nur die diplomatische Korrespondenz dieser drei anderen schweizerischen Vertreter ergeben. Weitere Randnotizen mit diesbezüglichen Hinweisen fehlen.

<sup>96</sup> Über J. J. Tschudi (1818–1889): *P.-E. Schazmann*, J. J. von Tschudi. Forscher, Arzt, Diplomat, übersetzt von A. Lätt, Zürich 1956 (gleichzeitig erschienen in: 57. Jahrbuch des Historischen Vereins des Kantons Glarus, Glarus 1956).

Heer vor. Ich gebe diese Äußerungen ohne jeglichen Kommentar wieder, ohne wertendes Urteil darüber, wessen Urteil das gemäßere gewesen sein möge. Höchstens wäre daran zu erinnern, daß sich Minister Heer in gewissen Äußerungen über das bismarckische Deutschland an die eigene Auffassung, die ihm ein Jahr fünfzig früher die Konfliktszeit aufgedrängt hatte, erinnert fühlen konnte.

Dr. J. J. Tschudi riet seinem Berliner Amtsgenossen Bismarck gegenüber zur Vorsicht. «Bismarck ist ein feiner, durchtriebener, kecker [?], aber eben kein *großer* Staatsmann, das war Cavour!» schrieb Tschudi am 16. Juni 1867 aus Wien. «Hätte Bismarck ein großes, mächtiges *Deutschland* statt ein großes *Preußen* angestrebt, so hätte er Österreich einen Todesstoß versetzen können; aber das uckermärkische Junkertum steckte noch viel zu sehr in ihm, als daß er sich zu der großen Idee hätte aufschwingen können, die Cavour's Leitstern war. Bismarck hat, ohne es zu wollen, dem Zerfall Deutschlands, wahrscheinlich in Republiken (ich spreche nicht von der *nächsten* Zeit) so sehr in die Hände gearbeitet wie vor ihm noch kein deutscher Staatsmann. Er hat dem Gottesgnadentum den tödlichsten Stoß versetzt.»

Über Österreich und Süddeutschland ist in dem gleichen Briefe vom 16. Juni 1867 weiter zu lesen:

«Nun noch einige Worte über *Österreichs* Stellung zu Deutschland. Sie glauben, daß ein ernsthafter Verzicht Österreichs auf die Stellung *in* Deutschland für die Zukunft die wahre Devise österreichischer Politik sein sollte. Ich teile diese Ansicht nicht, kann mir auch durchaus kein starkes und großes Deutschland denken, in dem elf Millionen Deutsche fehlen. Österreich soll der Hort und Schutz Deutschlands gegen den immer drohenden Moskowitismus, diesen natürlichen Feind jeder Kultur und Gesittung, sein. Österreichs Slawen neigen nur zu sehr zu Rußland und warten auf eine günstige Gelegenheit, um ihre Beziehungen [?] noch eklatanter als durch ihre Irrfahrten an den Slawenkongreß zu betätigen. Das Slawentum ist eine eminente Gefahr für Deutschland, und Österreich, durch seine geographische Lage dazu berufen, kann derselben nur wirksam durch seine Stellung *in* Deutschland entgegentreten. – Daß Österreich seine italiänische Stellung hat aufgeben müssen, finde ich einen großen, reellen Gewinn für das Kaiserreich, nur hätte es dieselbe früher und auf eine vernünftiger Weise aufgeben sollen. – Wenn Österreich, was hoffentlich im Laufe des Sommers geschieht, mit dem Konkordat, diesem wahnsinnigen, ich möchte sagen, verbrecherischen Vertrage bricht, so wird es sehr bald die deutschen Sympathien wieder gewinnen. Preußen hat sie nie gewonnen und wird, wenn es auf der eingeschlagenen Bahn fortfährt, sie mehr und mehr verscherzen.

Die *süddeutschen* Völker wollen Deutsche, aber keine Preußen sein; mögen auch einzelne ihrer Staatsmänner noch so entschieden zum Norddeutschen



Bund hinneigen, die Nationen wollen blutwenig davon wissen. Zwischen Süden und Norden Deutschlands herrscht eine Stamm-, eine Rassenantipathie, die zu verwischen Bismarck wahrlich nicht der Mann ist. Ich habe in den gegenwärtigen Bestand des Norddeutschen Bundes durchaus kein Vertrauen, es ist nicht das mindeste Urwüchsige darin, sondern es ist ein notdürftig zusammengenieteter Bau, der bei dem ersten ernststen Schock von außen in Trümmer auseinanderfallen wird.»

Die preußische (und auch die französische) Friedensbereitschaft in der *Luxemburger* Krise glaubte Tschudi ebenfalls anders deuten zu müssen, als man es in Berlin hören konnte. «Was übrigens das Londoner Arrangement hinsichtlich Luxemburgs betrifft», schreibt Tschudi in dem gleichen Brief, «so bin ich überzeugt, daß es nur eine sehr ephemere Bedeutung haben wird. Die Wallfahrt der europäischen Fürsten nach Paris ist ein neuer Triumph für Louis Napoleon und nicht geeignet, ihn bescheidener zu machen. Er will und braucht trotz aller Freundschaftsversicherungen den Krieg. Er wird auch das Frühjahr 1868 (wenn es nicht schon früher geschieht) nicht vorübergehen lassen, ohne eine neue «brennende» Frage heraufzubeschwören, die dann keine Konferenzen mehr beschwichtigen werden. Die Nachgiebigkeit Preußens und Frankreichs in London hat ihre guten Gründe. Mangel an Hinterladern und unvollständige Kriegsbereitschaft einerseits, wenig Vertrauen auf die süddeutschen Bundesgenossen, unzulängliche Rüstungen Rußlands, und ein hoher Allianzpreis, von Österreich gefordert, andererseits haben contre cœur friedliche Stimmungen hervorgerufen. Lassen Sie sich von Herrn von Bismarcks unschuldigen Redensarten nicht täuschen. Seine Siegesgewißheit ist nicht so groß, als er sie ausgibt. Er fühlt sehr genau, wie gewaltig viel Preußen zu einer solchen fehlt.»

Was hier auf Grund einiger neu oder doch neuerdings erschlossener Quellenbestände berichtet werden konnte, bedürfte namentlich nach zwei Seiten hin des Ausbaus. Von Heer und Tschudi aus wäre auf der einen Seite fortzuschreiten zu einer Darstellung der Reichsgründungsepoche im Urteil der schweizerischen Auslandsvertreter überhaupt, und diese Darstellung könnte einen Grundstein bilden zu der immer noch ungeschriebenen Geschichte der schweizerischen Diplomatie. Ebenso interessante Perspektiven eröffnen sich, wenn wir nach den Auswirkungen der Berliner Gesandtschaft Landammann Heers auf die schweizerische Politik fragen. Jedermann ist geläufig, daß Glarus im Unterschied zu den meisten anderen Landsgemeindekantonen zu den «fortschrittlichen» Ständen gehört hat, daß es sich auch der fortschreitenden Zentralisierung, wie sie die Totalrevision der Bundesverfassung in die Wege leitete, keineswegs widersetzt hat. Landammann Heer, ursprünglich eher Föderalist, hatte sich zwar nicht

zum Zentralisten gewandelt, trieb aber die Unifizierung da voran, wo sie ihm aus Zweckmäßigkeitsgründen geboten schien. Schon Heers erster Biograph hat darauf hingewiesen, daß das Erlebnis der sich zusammenballenden deutschen Macht ihn auf diesen Weg gedrängt habe<sup>97</sup>. Diese Zusammenhänge müßten einmal zum Gegenstande genauer Untersuchung gemacht werden. Merkwürdig ist, daß dem gegenüber Jakob Dubs, der 1868 noch eher geringschätzig vom «Glarner Stilleben» sprach, in den Revisionsjahren zum doktrinären Föderalisten geworden ist. Eine letzte Frage, von geringerem Gewichte als die eben genannte, auf die auch nur gerade hingewiesen werden kann, wäre die, inwiefern die diplomatischen Erfahrungen von 1867 und 1868 dem Leiter des Politischen Departements im Jahre 1877, dem nunmehrigen Bundespräsidenten Dr. Joachim Heer, zugutegekommen sind.

Damit aber sind wir aus dem Strudel der europäischen Politik in den wir uns durch Minister Heer haben hinausführen lassen, wieder beim engen heimatlichen Ausgangspunkt angelangt. Einmal mehr haben wir gesehen, wieviel Material noch erschlossen, wieviel immer neue Fragestellungen vorgetrieben werden müssen, bis die Geschichte der Schweiz im 19. Jahrhundert, deren Darstellung uns von Johannes Dierauer als Aufgabe hinterlassen worden ist, wirklich geschrieben werden kann.

<sup>97</sup> *Gottfried Heer*, Landammann und Bundespräsident Dr. J. Heer, Zürich 1885, S. 122.

<sup>98</sup> Nachtrag zu Anm. 14: *Dietrich Gerhard*, Guizot, Augustin Thierry und die Rolle des Tiers Etat in der französischen Geschichte, in: *Historische Zeitschrift*, Heft 190/2, 1960, S. 290–310.